



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Französisch und die europäische Mehrsprachigkeit

Verfasserin

Mag.phil. Julia Mercedes Fux

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 236 346

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Romanistik Französisch

Betreuerin:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Rosita Schjerve-Rindler

Danksagung

Herzlicher Dank gilt meiner Betreuerin Frau Professor Rosita Schjerve-Rindler für die zweite Chance.

Ich bedanke mich bei meiner Familie, meine Schwägerin Chrissi, meinem Freund Mike, meiner Freundin Martina, meiner Freundin Strizi und Darko für Ihre unendliche Geduld, den Mut und die Kraft, die sie mir gegeben haben, um nicht aufzugeben.

EINLEITUNG	7
ERKENNTNISINTERESSE	10
1. THEORETISCHE AUSEINANDERSETZUNG	11
1.1 Sprachpolitik	11
1.2 Sprachpolitik und Sprachplanung	12
1.3 Akteure von Sprachpolitik	13
1.4 Definition von Sprache in Bezug auf Sprachpolitik	14
1.5 Die politische Konstitution und Sprache	15
1.6 Internationale Sprachenpolitik	16
1.7 Französische Sprachpolitik	17
1.7.1 Historische Eckpunkte der französischen Sprachpolitik	17
1.7.2 Minderheitensprachen in Frankreich	20
1.7.3 Debatte um die Charta der Regional und Minderheitensprache	20
2. DIE FRANKOPHONIE	23
2.1 Die Akteure der Frankophonie	24
• Das Amt für frankophone Angelegenheiten	25
• Die Generaldirektion für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (DGCID)	25
2.2 Die DGLFLF	26
3. SPRACHENPLURALISMUS IN DER EU	29
4. DAS FRANZÖSISCHE IN DER EU	31
5. SPRACHPOLITIK UND DIE EUROPÄISCHE UNION	31
5.1 Statuspolitik als Teil der EU-Sprachenpolitik	33
5.2 Status des Französischen in der EU	34
6. FRANZÖSISCH IN DEN INSTITUTIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION	35
7. MAßNAHMEN FÜR DIE VERBESSERUNG DES FRANZÖSISCHEN IN DEN INSTITUTIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION	38
7.1 Plan d'action pluriannuel pour le français dans l'Union européenne	38
7.2 Der Leitfaden « Le français dans les institutions européennes »	41

8. DIE FRANZÖSISCHEN SPRACHVEREINE	42
9. ZWISCHENFAZIT	45
10. DREI PROMINENTE DOKUMENTE ZUR EUROPÄISCHEN MEHRSPRACHIGKEIT	47
10.1 Final Report: High Level Group on multilingualism	47
10.2 Eine lohnende Herausforderung. Wie die Mehrsprachigkeit zur Konsolidierung Europas beitragen kann.	51
10.2.1 Die erwarteten Ergebnisse	53
10.2.2 Résumée der Reflexionsgruppe	53
10.3 Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung- Multilinguisme: un atout pour l'Europe et un engagement commun	54
10.3.1 Wichtige Eckpunkte zur Verbesserung der Mehrsprachigkeit	56
11. DIE FRANZÖSISCHE MEHRSPRACHIGKEITSPOLITIK	57
11.1 Institutionelle Mehrsprachigkeit	58
11.1.1 Engagement in der Frankophonie: Umsetzung „plan d'action“	63
11.2 Die geltende Gesetzgebung (Loi Toubon) in Frankreich am positiven Beispiel des öffentlichen Transports	64
11.3 Fremdsprachenerwerb	64
11.3.1 Mehrsprachigkeit und Bildung in Frankreich- schulischer Fremdsprachenerwerb	64
11.3.2 Der bilinguale Unterricht	65
11.3.3 Das französische Schulsystem in Europa	66
11.4 Minderheiten bzw. Regionalsprachen	67
11.4.1 Medien und Vielsprachigkeit	67
11.5 Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse	69
12. CONCLUSIO	72
13. QUELLENVERZEICHNIS	77
13.1 Literaturverzeichnis	77
13.2 Internetquellen	81
13.3 Abbildungsverzeichnis	84
ABSTRACT	85
LEBENS LAUF	86

Einleitung

In der folgenden Arbeit mit dem Thema „Französisch und die europäische Mehrsprachigkeit“ ist es mein Ziel, die Rolle des Französischen in der Konstruktion des mehrsprachigen Europas verständlich zu machen und die politischen Anstrengungen seitens des französischen Staates sowie seitens der Frankophonie aufzudecken, um das Französische als nationale wie auch internationale Sprache durchzusetzen. Gleichzeitig wird das Thema der europäischen Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union erläutert und die Rolle der französischen Sprache dazu in Relation gesetzt.

In der Geschichte der französischen Sprachpolitik ist das Besondere der Einfluss des Staates auf die Sprache bzw. die Omnipräsenz der sprachlichen Lenkung der französischen Regierung. Mit dem Ausbau des Französischen zur Nationalsprache, geprägt durch die Französische Revolution 1789, wurde ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation erreicht, die in dieser historischen Entwicklung einzigartig scheint. Es ist die sprachliche Abgrenzung nach Innen und nach Außen, die eine Nationalsprache definiert und ihr den Status einräumt, den sie verkörpert. In Frankreich bildet sich der Nationalstaat durch eine innerstaatliche Revolution (vgl. Schreiner 2006:38). Bei dieser Revolution überwiegt der Aspekt der Partizipation, da die „Nation“ bzw. das „Volk“ eine Form politischer Mitbestimmung erkämpft und sich zum demokratischen Nationalstaat bekennt (vgl. ebd.). In diesem Gründungsprozess der Nationalstaaten spielten Sprachen eine wichtige Rolle als Symbole und Werkzeuge zur Vereinheitlichung der „Nation“. Die politische Bedeutung der Nationalsprache spiegelt sich in einer einheitlichen Sprache als einheitliches Mittel zur Verständigung in Bereichen wie Wirtschaft, Bürokratie, Rechtswesen und den Medien wider (vgl. ebd. 2006:60). Wesentliches Element der nationalstaatlichen Sprachpolitik ist die Vereinheitlichung der jeweiligen Sprache durch Standardisierung von Grammatik, Wortschatz und Rechtschreibung.

Die Europäische Union verändert seit ihrer Gründung 1958 durch ihre eigene Sprachpolitik das klassische Gefüge aus europäischen Nationalstaaten und Nationalsprachen (vgl. Schreiner 2006:9). Die einzelnen Nationalsprachen bestehen nebeneinander. Durch die Erweiterung der Europäischen Union nimmt die Sprachenpolitik - daher eine Politik, die sich mit mehreren Sprachen befasst - einen supranationalen Charakter an. Einzelstaatliche Kompetenzen werden zusammengeführt und aus sprachpolitischer Sicht versucht, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Mit jedem Schritt hin zu einer stärker integrierten Europäischen Union stellt sich immer nachdrücklicher die Frage nach einem adäquaten Umgang mit der europäischen

Vielsprachigkeit (Schreiner 2006:57). Sei es wegen der Zunahme an Sprachen oder sei es wegen der Zunahme an Kompetenzbereichen, Institutionen oder Gremien, in denen auf Europäischer Ebene kommuniziert und entschieden werden muss - die sprachliche Situation wird dadurch nur noch komplexer. Vor allem der Apparat der Übersetzung ist hier stark gefragt.

Die Europäische Union hat laut Schreiner (2006:57), einen Weg gefunden die sprachliche „Not“ erswerter Kommunikation in eine „Tugend“ der Idee europäischer Vielsprachigkeit umzudeuten. Europäische Vielsprachigkeit wird als kulturelles Erbe gesehen, das es gilt zu wahren und auf EU-politischer Ebene zu unterstützen und auszubauen.

Die EU- Institutionen lassen sich als Bindeglieder zwischen den sprachpolitischen Akteuren und den EU-Bürgern verstehen. Durch die ständige Erweiterung der Europäischen Union - 23 Amtssprachen bei 27 Mitgliedstaaten - ist eine gut geplante Sprachpolitik im Sinne des Sprachpluralismus von Nöten.

Eine Gleichbehandlung in gesetzlicher Form ist durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union aus dem Jahr 2000, in der sich die EU verpflichtet, die Sprachenvielfalt zu achten (Artikel 22) und die Diskriminierung u.a. aufgrund der Sprache (Artikel 21) zu verbieten gegeben. Die Herausforderung liegt in der Umsetzung der Wahrung der Vielsprachigkeit und der Förderung von Mehrsprachigkeit. Die Übersetzungen sind mit hohen Kosten verbunden und so fällt die praktische Umsetzung auf eine gewisse Auswahl in der Sprachenfrage. Durch die EU Erweiterungen entstand die Tendenz zur englischen Sprache als Arbeitssprache in den Institutionen der Europäischen Union. Die Dominanz des Englischen geht in dieser Arbeit beispielsweise aus der Untersuchung der Berichte,¹ der „Délégation générale à la langue française et aux langues de France“ die sich an das französische Parlament richten, hervor.

Nicht umsonst wird die Mehrsprachigkeit im Papier von Maloof² schon im Titel als eine „lohnende Herausforderung“ bezeichnet.

Die Herausforderung besteht darin, 500 Millionen Einwohner, 27 Mitgliedsstaaten, 3 Alphabete, 23 Amtssprachen zueinander zu bringen und eine grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten zu erreichen. Somit sollen die sprachlichen und bürokratischen Hindernisse für die EU-Bürger verringert werden.

¹ „rapport au Parlement sur l’emploi de la langue française“ aus den Jahren 2008-2011

² „Eine lohnende Herausforderung- Wie die Mehrsprachigkeit zur Konsolidierung“ Europas beitragen kann. In Auftrag gegeben wurde das Papier 2007 von der europäischen Kommission zum Thema der Mehrsprachigkeit

Dies führt mich wieder zurück zu meinem Erkenntnisinteresse, in dessen Zentrum die Nationalsprache Französisch steht und deren Kontext zur Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union. In dieser Arbeit versuche ich anhand von theoretischen Annäherungen, Kontextualisierung und letztendlich durch Analyse entsprechender Texte folgende Fragestellung zu beantworten:

Mit welchen sprachpolitischen Maßnahmen intervenieren die Akteure der französischen Sprachpolitik, um den Status der französischen Sprache im Kontext der europäischen Mehrsprachigkeit aufrecht zu erhalten und zu verbessern?

Im ersten Teil der Arbeit wird zunächst der Begriff der Sprachpolitik allgemein und der Sprachpolitik in Frankreich geklärt. Dabei interessiere ich mich für die Maßnahmen als Eingriffe der staatlichen Politik auf sprachlicher Ebene. Die Sprachenverbreitungspolitik Frankreichs in den Organen der europäischen Union durch ihre jeweiligen Akteure, Aktionen und der Zielsetzung dieser, zeigen das Engagement, den Ruf und Status Frankreichs als Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft und späteren EU.

Der große zweite Teil der Arbeit behandelt das Konzept der Mehrsprachigkeit der Europäischen Union, das aus drei prominenten Dokumenten³ der Europäischen Kommission herausgearbeitet wird. Danach wird mittels der Zusammenfassung der Daten der „rapports sur l’emploi de la langue française“ der staatlichen Organisation „Délégation générale à la langue française et aux langues de France“ untersucht, welche Maßnahmen seitens Frankreich unternommen werden, um einerseits die europäische Mehrsprachigkeit aus der Sicht eines Mitgliedsstaates zu fördern und andererseits aus der Sicht eines Nationalstaates auszubauen.

Im Zuge der ständigen Erweiterung der Europäischen Union sind es nicht mehr die Grenzen die die Barrieren globaler Kommunikation darstellen, sondern die Sprachen. Aktuell gibt es in der Europäischen Union 23 Arbeitssprachen. Daher wird die Konkurrenz für das Französische stärker: Teilweise durch den Einfluss anderer Sprachen, aber hauptsächlich durch den steigenden Einfluss des Englischen. Umso wichtiger sind also die Initiativen, die seitens des französischen Staates getroffen werden, um die französische Sprache zu wahren und einen „monolinguisme anglais“ (vgl. Labrousse 2005:180) weitgehend zu verhindern. Dies liegt auch im Sinne des von der EU postulierten Sprachpluralismus.

³ COM 2008 Multilinguisme: un atout pour l’Europe et un engagement commun, COM 2008 Un défi salubre, comment la multiplicité des langues pourrait consolider l’Europe. COM 2007 High Level Group on Multilingualism : Final Report

In dieser Arbeit wird nun versucht, diese Problematik zu erläutern, Verbesserungen und weitere Ziele hinsichtlich der französischen Sprachpolitik aufzuzeigen.

Erkenntnisinteresse

Im Interesse meiner Arbeit steht die Rolle des Französischen in der Konstruktion des mehrsprachigen Europas.

Dies führt mich zu folgenden leitenden Fragestellungen:

- Welche Stellung nimmt das Französische in den Institutionen der EU ein?
- Wie geht Frankreich mit dem Prinzip der sprachlichen Vielfalt/Mehrsprachigkeit um?
- Welche sprachpolitischen Maßnahmen werden getroffen um die Stellung des Französischen zu erhalten bzw. zu verbessern, um das Französische nach Außen sowie nach innen, daher auch auf nationaler und internationaler Ebene zu stärken?
- Welche Stellung nimmt die Frankophonie in Europa in Bezug auf die französische Sprache und die Sprachenvielfalt ein?
- Inwieweit wird die Mehrsprachigkeit von den Institutionen verwendet und von Frankreichs Akteuren unterstützt?

1. Theoretische Auseinandersetzung

1.1 Sprachpolitik

Um eine verständliche Annäherung zu meinem Thema zu garantieren, ist es zunächst notwendig, auf das Konzept der Sprachpolitik einzugehen.

Sprachpolitik ist ein Eingriff in Kommunikationsverhältnisse (vgl. Bochmann 1993:4). Dies ist eine allgemein gültige Aussage, die uns aber an den tatsächlichen Ausmaß des Begriffes der Sprachpolitik noch nicht zufrieden stellend näher bringen kann.

„Die Sprachpolitik ist seit längerem Gegenstand analytischer und perspektivisch angelegter Forschung, um die sich mehrere Disziplinen, allen voran natürlich die Linguistik, und über diese hinaus die Soziologie, die Ethnologie, die Geschichts- und die politischen Wissenschaften bemühen.“ (Bochmann 1993:3ff)

Der politisch motivierte Eingriff in die sprachlichen Belange von Gemeinschaften (Bochmann 1993:3ff) ist seitdem unter den verschiedensten Etikettierungen betrieben und beschrieben worden: u.a. als Sprachgesetzgebung, Normenfestschreibung, Entlehnungs- und Fremdsprachenerziehung, Sprachregelung und schließlich als „Sprachpolitik“ im engeren Sinn“. Dazu gehören in weiterer Folge die Sprachregelung und die Sprachplanung, daher der Ausbau von Sprache in systematischer Weise. Sprachpolitik betrifft den Sachverhalt einer politisch reglementierten Sprachverwendung (vgl. Harman 1987:1661).

Die Relevanz von Sprachpolitik ist unterschiedlich, wobei diese natürlich von der organisatorischen Komplexität und Intensität der Kommunikationsbeziehungen (vgl. Bochmann 1993:6) abhängig ist, sowie von den jeweiligen Zivilisationsformen in der Gesellschaft. Damit wird laut Bochmann (1993:6) eine Theorie der Sprachpolitik zu einem Bestandteil einer Theorie der sprachlichen Kommunikation in der Gesellschaft und einer Theorie des Sprachwandels.

Weiters meint Bochmann (1993:10f), dass Sprachpolitik ebenfalls definiert wird, als *„die Regelung der kommunikativen Praxis einer sozialen Gemeinschaft durch eine Gruppe, die die sprachliche-kulturelle Hegemonie über diese ausübt bzw. anstrebt. Sprachpolitik ist wie jede*

andere Art von Politik den [...] Interessen bestimmter sozialer Gruppen/Schichten/Klassen untergeordnet.“ Wichtig ist hierbei das Wort „Hegemonie“ (Vorherrschaft). Die Akteure und Betreiber der Sprachpolitik üben eine gewisse Vormachtstellung aus. Sprachpolitik ist ein Eingreifen des Staates in den Gebrauch der Sprache mit einem dazugehörigen Ziel. Derjenige, der dieses Eingreifen plant und ausführt, verfügt automatisch über eine Vormachtstellung dem anderen gegenüber, der lediglich „Nutzer“ dieser Sprache ist.

So ist es auch die Aufgabe einer Sprachpolitik, möglichst viele Menschen dazu zu bringen, souverän mit einer Sprache umzugehen beziehungsweise die Sprache in der öffentlichen Kommunikation nützen zu können. Die Erfüllung dieser Aufgabe von Sprachpolitik ist daher als Voraussetzung für eine effektivere Beteiligung an der Öffentlichkeit zu sehen (vgl. Bochmann 1993:15).

Um zur besseren Klärung des Begriffes der Sprachpolitik beitragen zu können, muss ebenfalls der Begriff der Politik näher bestimmt werden. Unter Politik versteht man *„die Gesamtheit der Handlungen gesellschaftlicher Subjekte, die auf Erhaltung, Funktionieren und ggf. auch Revolutionierung des Staates bezogen sind, d.h. der organisatorischen Strukturen, die vor allem die Ausübung der wirtschaftlichen und politischen Macht garantieren. Politik bezieht sich auf die gesellschaftlichen und privaten Organisationen, Vereinigungen und Institutionen, in denen und über die das Verhalten der Bürger zum Staat und zur Gesellschaft geregelt wird.“* (Bochmann 1993:8)

Diese Definition ist eine sehr wichtige für das Thema dieser Arbeit. Denn hier wird noch einmal klar konkretisiert, welche Akteure für die Ausübung einer Politik verantwortlich sind. Alle diejenigen, die Sprache als wichtigstes Arbeitsmittel täglich gebrauchen, sind die Initiatoren und Ausführenden sprachpolitischer Programme, Forderungen und Handlungen (vgl.ebd).

1.2 Sprachpolitik und Sprachplanung

Bei der Sprachplanung ist zu differenzieren zwischen Sprachenpolitik und Sprachpolitik (vgl. Haarmann 1988:1661f.). Sprachenpolitik bezieht sich dabei auf die politische Situation in einer mehrsprachigen Gemeinschaft und regelt das Verhältnis verschiedener Sprachen zueinander, d.h ihren jeweiligen Satus und ihre gesellschaftliche Funktion. (vgl. Janich 2005:13) Das Bestimmungswort steht im Plural, wodurch schon hervorgeht, dass es sich um

eine Politik handeln muss, die sich mit mehreren Sprachen befasst. Verallgemeinernd formuliert ist Sprachenpolitik also diejenige Politik, die das Verhältnis zwischen mindestens zwei Sprachen in funktionaler, politischer und territorialer Hinsicht zu regeln sucht (vgl. Schreiner 2006:25). Sprachpolitik betrifft dagegen politische Eingriffe in die Sprachverwendung einer Sprache, beispielsweise durch Reglementierungen des Fremdwortgebrauchs oder offiziell verordnete Sprachregelungen (vgl. Janich 2005:13). Sprachenpolitik, Sprachpolitik und Sprachplanung sind Begriffe, die in Verbindung miteinander stehen. Auch bei der Sprachplanung wird nämlich zwischen Sprachstatus- und Sprachkorpusplanung differenziert:

Die Sprachstatusplanung bezieht sich wie Sprachenpolitik auf den rechtlichen, politischen und/oder gesellschaftlichen Status von Sprachen (z.B. Nationalsprache, Amtssprache, Arbeitssprache, Regionalsprache, gesetzlich anerkannte Minderheitensprachen (vgl. Haarmann 1988:1668). Die Sprachstatusplanung betrifft die Funktion und Stellung einer Sprache in einer Sprachgemeinschaft. Äußerliche Kriterien wie das Sprachprestige sowie rechtliche und politische Faktoren stützen sich darauf (vgl. Janich 2005:14).

Die Sprachkorpusplanung betrifft dagegen konkret die Sprachform und Struktur einer Sprache, dazu werden alle Maßnahmen zur Kodifizierung, Elaborierung und Kultivierung gezählt (vgl. Janich 2005:14).

1.3 Akteure von Sprachpolitik

Die Initiatoren und Ausführenden von Sprachpolitik, wie bei jeder politischen Aktivität, müssen nicht selbst zu den „Herrschenden“ gehören. Auch muss nicht im Auftrag einer politischen Herrschaft gehandelt werden, sondern das Handlungsmotiv kann durchaus aus individueller Freiheit oder im guten Glauben daran entstehen (vgl. Bochmann 1993:16).

Private Vereinigungen dieser Art sind unabhängig vom Staat und arbeiten meist untereinander zusammen. Dazu zählen die mediale Öffentlichkeit, Kirchen, Vereine und Organisationen.

Wichtige sprachpolitische Akteure sind natürlich die staatlich- institutionellen Instanzen inklusive Akademien, Sprachinstitute, Gremien, sowie Parlamente und Ministerien, die sprachpolitische Gesetze bzw. Verordnungen erlassen.

Auf Frankreich bezogen agieren an dieser Stelle staatlich nationale, sowie internationale Organisationen wie die „Délégation générale de la langue française et aux langues de France“

angesiedelt beim französischen Ministerpräsidenten, sowie der internationale „Haut Conseil de la Francophonie“ (vgl. Bochmann 1993:21).

Dies sind unter anderem die wichtigsten Vertreter der Sprachpolitik in Frankreich. Diese üben eine explizite Sprachpolitik aus.⁴ Das wiederum bedeutet, dass Sprachpolitik in Form von Sprachgesetzgebung, Normenfestsetzungen oder Empfehlungen zum Sprachgebrauch, zu sprachpflegerischen Publikationen, zu sprachplanerischen Aktionen usw. betrieben wird (vgl. Bochmann 1993:21).

Zu den wichtigsten Akteuren, neben dem Staat zählen weiters die Schule, die Familie (auf Grund der Erziehungsfunktion) die Massenmedien (Rundfunk- und Fernsehprogramme, die Presse) und private Vereine, die politische, gewerkschaftliche, religiöse, künstlerische, berufliche oder karitative Motive haben können.

1.4 Definition von Sprache in Bezug auf Sprachpolitik

Die Sprache ist ein entscheidendes, in seiner Bedeutung wachsendes Mittel, das der Organisation der modernen Gesellschaft dient. An der Sprache misst man die Identität des Individuums und sein Verhalten in der Gesellschaft (vgl. Bochmann 1993:6).

Mit der Identität und dem Verhältnis zur Gesellschaft des Individuums geht der Begriff der Macht einher. Der Faktor Macht steht in engem Bezug zur Sprachpolitik. Sprache dient der Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen und Systeme und ist das wichtigste Medium im Umgang der Menschen miteinander.⁵

Dies wird vor allem auch deutlich, wenn man eine Sprache beherrscht oder nicht beherrscht. In diesem Fall kann man entweder zum Beispiel in ein soziales Umfeld integriert sein oder aber davon ausgeschlossen werden. Dies entscheidet über die Rolle, die ein Individuum in einer Gesellschaft einnimmt.

⁴ Im Gegensatz dazu ist eine implizite Sprachpolitik als jede Form von Politik ohne erklärte sprachliche Ziele, jedoch mit sprachlichen Folgen zu verstehen. Laut Kremnitz (1994:82) bedient diese Sprachpolitik andere Felder, die aber andere Auswirkungen haben können. (z.B. Umsiedelung, Wirtschaftspolitik.)

⁵ Text Sprache und Macht von Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. (2001:5)
<http://www.eduhi.at/dl/MachtSprache.pdf> Stand 10.3.2013

Laut Gerhard Seewann⁶ ist Sprache auf Politik angewiesen, und dies nicht nur, um Standpunkte zu artikulieren, sondern um auch im öffentlichen Diskurs eine Einigkeit in den Meinungen herbeizuführen, was eine Gesellschaft im Sinne des Gemeinwohls verwirklicht sehen möchte. Sprache wird somit zum unentbehrlichen Medium der Politik, zu einer Instanz der Vermittlung, um mit ihrer Hilfe zu überzeugen und schließlich Schichten und Gruppen der Bevölkerung zu mobilisieren.

1.5 Die politische Konstitution und Sprache

Die Sprachen spielen eine wichtige Rolle im Gründungsprozess der Nationalstaaten. Sprache wird als Symbol und Werkzeug zur Vereinheitlichung der „Nation“ gehandelt. Das Verständnis von Sprache ist in erster Linie von Anspruch auf Einheitlichkeit und Allgemeingültigkeit geprägt (vgl. Schreiner 2006:92).

Die Idee der Einheit von Nation und Sprache fand für das Französische seinen Ursprung in der französischen Revolution. Die damalige Sprachpolitik war darauf ausgelegt, das Französische als Nationalsprache zu verbreiten, daher stand die Gleichsetzung von Nation und Staat mit Hilfe der Sprachpolitik im Mittelpunkt (vgl. Filzmoser 2002:57).

Der Begriff Nation beinhaltet den Aspekt der Partizipation des Volkes (die Französische Revolution). *„Nation bzw. Volk ist diejenige Gruppe von Menschen, die gemeinsam eine Form politischer Mitbestimmung erkämpft und sich subjektiv zu dieser- zum (proto)demokratischen Nationalstaat- bekennt.“* (Schreiner 2006:38)

Die Erklärung des Begriffes der Nation stellt insofern eine Bedeutung für das Thema dieser Arbeit dar, da man die Bedeutung der Sprache für den französischen Staat und seine Bürger verstehen muss, um in weiterer Folge auch deren sprachpolitischen Handlungen, die der Vergangenheit, sowie die der Gegenwart nachvollziehen zu können. Durch die Nutzung von gemeinsamer Sprache und Kultur wird eine Nation erst definiert. Aus sprachpolitischer Sicht wird Sprache zu einem der ersten Instrumente der Herrschaft (vgl. Bochmann 1993:63).

⁶ Siehe Tagungsbericht „Nationale Sprachpolitik und europäische Integration, Tagungsbericht der forest-Projektgruppe III Nr.18, München;2003, Vorwort
http://www.fak12.unimuenchen.de/forost/fo_library/forost_Arbeitspapier_18.pdf

1.6 Internationale Sprachenpolitik

„Sprachbarrieren, die durch die Verschiedenheit der Staats- und Nationalsprachen bedingt sind, behindern die für die internationalen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Beziehungen und den individuellen Verkehr erforderliche Verständigung, die durch Fremdsprachenspezialisten (Dolmetscher und Übersetzer) in der sich zunehmend internationalisierenden Welt allein nicht zu bewältigen ist.“ (Bochmann 1993:51)

Deswegen ist es umso wichtiger, dass die europäischen Institutionen zusammenarbeiten. Auf europäischer Ebene ist eine gut strukturierte und zielführende Sprachpolitik umso wichtiger. Es bestehen auf internationaler Ebene Strategien zur Durchsetzung einer oder mehrerer Sprachen als internationale Verkehrssprachen sowie Haltungen und Verhaltensweisen gegenüber Fremdsprachen (vgl. Bochmann 1993:51). Nun ist es nicht von der Hand zu weisen, dass vor allem die wirtschaftlich führenden Kräfte, daher alle Großmächte, an der Durchsetzung ihrer Sprache interessiert sind. Sie wollen die Voraussetzungen, den internationalen Markt zu dominieren, für sich optimieren.

Auf der anderen Seite ist eine problemarme internationale Verständigung genauso wichtig. Hier rückt die Bedeutung des Englischen in den Vordergrund diese Verständigung zu erleichtern. Es wird von immer mehr Personen in allen Teilen der Welt als „die“ Weltsprache aufgefasst, die noch dazu besonders bequem zu erlernen und zu gebrauchen ist (vgl. Bochmann 1993:51).

Internationale Sprachpolitik ist motiviert durch wirtschaftliche, kulturelle und ideologische Vorstellungen eines Landes oder der Interessensvertretungen, die dahinter stehen.

Das Zusammenspiel der unterschiedlichen Motive wird am Beispiel des Englischen deutlich: als Sprache der wirtschaftlich, politisch und massenkulturell führenden Großmacht sowie weiterer gewichtiger Länder, wird es von immer mehr Personen in allen Teilen der Welt als „die“ Weltsprache aufgefasst (vgl. Bochmann 1993:52).

Der Vorschlag Bochmanns, ein Umdenken in der internationalen Sprachpolitik zu bewirken, liegt darin, dass Staaten auch sprachlich aufeinander zugehen. Als Lösung schlägt er vor, den sprachlichen Pluralismus als Verpflichtung zu gegenseitiger Annäherung anzunehmen und größeres Entgegenkommen in der Frage der international gebräuchlichen Sprachen zu zeigen. Als positives und richtungsweisendes Beispiel für den Erhalt des sprachlichen Pluralismus führt er die Europäische Gemeinschaft⁷ an und deren geübte Praxis der Anerkennung von mehreren offiziellen Sprachen und Arbeitssprachen (vgl. Bochmann 1993:52).

⁷ Jetzt Europäische Union

1.7 Französische Sprachpolitik

Zum Topoi der einschlägigen Literatur zur sprachlichen Situation in Frankreich gehört, dass die französische Sprache mehr als andere europäische Sprachen normiert ist, und dass das Interesse der Franzosen an ihrer Sprache ausgeprägter ist als bei anderen Sprachen. Von allen romanischen Sprachen hat die französische die wirkungsvollste sprachplanerische Tradition (vgl. Braselmann 1999:1).

Diese Tradition wurde im 20. Jahrhundert mit Spracherlässen fortgesetzt. In diesem Jahrhundert konzentrierte man sich vor allem auf die Anglizismen und die Orthographie. Das Eingreifen der Akademie, mit dem Ziel das Französische vor Sprachwandeltendenzen zu bewahren, ist nur eine von vielen getroffenen Maßnahmen.

Wie in keinem anderen europäischen Land, ist die Sprache Gegenstand des Interesses der Öffentlichkeit, der Medien, der Schriftsteller und des Staates (vgl. Braselmann 1991:1).

In unregelmäßigen Abständen erscheinen von staatlichen Institutionen abgesegnete Vorschläge zum Gebrauch der französischen Sprache, vorgeschlagen von staatlichen Institutionen, deren Nicht-Befolgung strafrechtlich verfolgt wird (vgl. ebd.). Frankreich hat eine eigene und besondere Tradition der Sprachpflege, in der sich die aktuelle Gesetzgebung geradezu als eine Konsequenz von historischen Zwängen erweist (vgl. Braselmann 1999:6).

Vor allem die Dominanz und das Ausstrahlen der angloamerikanischen Kultur und Sprache sind im 20. Jahrhundert der ausschlaggebende Punkt, die Sprachpflege des Französischen nicht nur auf nationaler Ebene zu überprüfen, sondern sie auch zu einem internationalen Anliegen innerhalb der Frankophonie zu machen⁸ (vgl. Braselmann 1999:6).

1.7.1 Historische Eckpunkte der französischen Sprachpolitik

Eine wesentliche Rolle spielt bis heute die *Académie française*, die 1635 auf Initiative Richelieus gegründet wurde, mit dem Auftrag, die Normen des Französischen zu definieren (vgl. Braselmann 1999:4).

Damals unterteilte man die Art und Weise zu sprechen in „bon usage“ und „mauvais usage“. Dies charakterisiert die Sprechweise des Hofes und der guten Schriftsteller und den Sprachstandard des Volkes. Weitere Ziele der Akademie sind die Reinigung der Sprache, Wiederbelebung und Erstellung eines Wörterbuches, einer Grammatik und einer Rhetorik.

⁸ Sprachpflegeorganisationen in Frankreich, Belgien, Kanada und der französischen Schweiz verteidigen das kulturelle Erbe aus Angst vor dem wachsenden Einfluss der Großmacht USA.

Das Französische hatte im 17. Jahrhundert einen angemessenen Status als Bildungssprache. Der politische und intellektuelle Einfluss der Sprache überträgt sich damals auf ganz Europa. In dieser Zeit erfolgt auch die Normierung der Sprache (vgl. Braselmann 1999:4f).

Erste Kritiker von „Franglais“ und „Anglomanie“ melden sich bereits im 19. Jahrhundert. Die Gründe für Maßnahmen gegen die Entlehnung aus dem Englischen liegen in der von England ausgehenden Industrialisierung. Der Einfluss des Englischen ist durch den wirtschaftlichen Einfluss geprägt. Vor allem nach 1945 steigt die Zahl der halbstaatlichen und staatlichen Institutionen, die das Französische vor Anglizismenüberflutung bewahren wollen (vgl. Braselmann 1999:6f). Die wichtigsten historische Eckpunkte in der französischen Sprachpolitik in Zahlen sind nach Braselmann (1999:6f):

1958: Die Gründung der *Défense de la langue française* (DLF).

1966: Die Gründung des *Haut Comité pour la défense et l'expansion de la langue française*. Deren Aufgabe ergibt sich aus: „défense“ et „illustration“ sowie „expansion“ des Französischen. Hier bemerkt man sehr stark die Initiative seitens des französischen Staates, der mit der Gründung nationaler Institutionen das Überschwappen des Englischen auf die französische Sprache verhindern will.

Gegenwärtig wichtige nationale Institutionen sind *La Délégation générale à la langue française*, *Le Conseil supérieur de la langue française*. Beide wurden im Jahr 1989 gegründet, wie auch *Le Haut conseil de la francophonie*, der schon im Jahr 1984 gegründet wurde.

Sprachgesetze spielen in der französischen Sprachpolitik ebenso eine maßgebliche Rolle, wie die Einführung der folgenden Gesetze deutlich macht:

1975: *La Loi Bas-Lauriol*⁹

In diesem Gesetz soll durch juristische Maßregelung der Gebrauch sämtlicher Fremdwörter, im Grunde englischer Lehnwörter, für die es eine „gebilligte Übersetzung“ gibt, aus Werbetexten, Verpackungsschriften, Gebrauchsanweisungen, Garantieurkunden, Stellenanzeigen, Arbeitsverträgen und Angelegenheiten der öffentlichen Hand beseitigt werden (vgl. Braselmann 1999:8).

⁹ La loi no 75-1349 du 31 décembre 1975
<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/France-loi-75-1349-1975.htm> Stand 10.3.2013

1994 Loi Toubon¹⁰

Das heftig debattierte Sprachgesetz zum Gebrauch der französischen Sprache wird eingeführt, um sich vor dem Einfluss des Englischen zu schützen. Es beinhaltet die Verwendung des Französischen im öffentlichen und privaten Bereich, Lehnwörter aus dem Englischen müssen vermieden werden und dafür staatlich vorgeschlagene Begriffe verwendet werden.

Die moderne französische Sprachgesetzgebung richtete sich seit 1975 erstmals an den einzelnen Bürger und sah zivil- und strafrechtliche Sanktionen vor (Brasermann 1999:8).

Alle Institutionen und Vereine, die gegründet werden und die Gesetze der französischen Sprachpolitik haben eines gemeinsam: Die Sicherung des Französischen und die Bekämpfung des angloamerikanischen Einflusses (vgl. ebd.:7).

Vor allem die beiden Gesetze, La Loi Bas-Lauriol und La Loi Toubon, spiegeln den nationalsprachlichen Gedanken der französischen Sprache wider. Im Jahr 1992 wird die französische Verfassung in Artikel 2 Absatz 2 wie folgt abgeändert „*La langue de la République est le français*“ (vgl. Brasermann 1999:9).

Der immer wieder auftretende Kritik, Toubon betreibe mit dem nach ihm benannten Gesetz einen Sprachnationalismus und blockiere die europäische Idee, begegnet dieser in der Sitzung der Assemblée Nationale, 3.Mai 1994:

„*C'est une question de société, une question pour la place de la France et pour son avenir!*“

Frankreichs Zukunft sei ja nun Europa, aber «...*la défense de la langue française n'est pas un objectif contradictoire – avec une politique de déconstruction européenne... au contraire... Ce que nous préconisons en fait, c'est pour la France mais aussi pour l'Europe et le monde, le pluralisme et l'harmonie par le plurilinguisme*» (Débats parlementaires 1994, p. 1359-1371).

Der Anschein, dass es sich bei dieser Art von Politik weniger um die Förderung einer Mehrsprachigkeit im Sinne Frankreichs und Europas handelt, sondern eher um die Schaffung eines Gegenpols zur angloamerikanischen Supermacht, verschärft sich (vgl. Brasermann 1999:10).

¹⁰ Vgl. Loi n° 94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française.
<http://www.culture.fr/culture/dglf/lois/loi-fr.htm> Stand 26.01.2013

1.7.2 Minderheitensprachen in Frankreich

Um das Thema der Mehrsprachigkeit entfalten zu können, ist es notwendig, die Vielsprachigkeit in der Nation Frankreich ebenso zu beleuchten. Der Umgang mit der eigenen Sprachenvielfalt ist von aussagekräftiger Relevanz für die Politik auf europäischer Ebene. Die Thematik der Mehrsprachigkeit betrifft nämlich nicht nur die Europäische Union, sondern existiert innerpolitisch in der Nation Frankreich ebenso.

Auf der einen Seite kann die sprachliche Unterdrückung von Minderheiten dazu dienen, dass der Gedanke des Nationalismus und des Rassismus gefördert wird, andererseits unterstützt die Protektion und Förderung der Sprache einer Minderheit die Bereitschaft, den Erhalt und die Entwicklung des jeweiligen Staatswesens zu forcieren, sich Wählermehrheiten zu sichern, wirtschaftliche Großprojekte zu unterstützen, etc. (vgl. Bochmann 1993:26) Vor allem in Zeiten von politischen Veränderungen und geschichtlichen Umbruchszeiten sind sprachpolitische Interessenkonflikte stark vertreten. Dies gilt auch für die Sprachenfrage in der Europäischen Union. Dieselbe Problematik findet sich später in dieser Arbeit wieder, da die Gründung der Europäischen Union in der internationalen Sprachpolitik dieselben bzw. ähnliche Fragestellungen aufwirft: Wie geht Frankreich mit seiner innerstaatlichen Vielsprachigkeit um und wie behandelt die Europäische Union das Thema der Mehrsprachigkeit auf supranationaler Ebene?

Umgemünzt auf die Sprachpolitik einer Nation, finden wir die Nationalsprache in Relation gesetzt zu den Minderheitensprachen wieder.

Die Europäische Union und die Verträge von Maastricht 1992, die die politische und ökonomische Förderung von Integration bezwecken, bewirken ein Umdenken bezogen auf den Schutz von Minderheiten und der Verankerung von Regionalsprachen. Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt sollen gefördert werden. Zu diesem Zweck beschloss der Europarat 1992 die *Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen* zum Schutze der Regional- und Minderheitensprachen.

1.7.3 Debatte um die Charta der Regional und Minderheitensprache

Minderheiten sind nach Schreiner stets in Bezug zu einer größeren und daher dominierenden Sprache zu sehen: „*Unter einer Sprachminderheit verstehe ich eine Sprachgemeinschaft, die nicht die größte Sprachgemeinschaft eines Staates darstellt und deren Sprache de facto der Sprache der größten bzw. der dominierenden Sprachgemeinschaft auf Zentralstaatsebene*

nachgeordnet ist.“ (Schreiner 2006:90) Den ersten großen Durchbruch bei der Definition kultureller Rechtsstandards hatte der Europarat bereits mit der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen vom 5. November 1992 erzielt¹¹ (vgl. Kraus 2004:129). Die Präambel der Charta hebt u.a. die Prinzipien der Demokratie und der kulturellen Vielfalt im Rahmen der nationalen Souveränität und territorialen Integrität der Staaten hervor. Zudem betont sie den Wert von Interkulturalismus und Multilingualismus. Gleichzeitig wird festgestellt, dass der Schutz von Minderheitensprachen keine Beeinträchtigung des Status der Amtssprache mit sich bringen darf (vgl. Kraus 2004:129). Mit der Charta ist ein rechtlich verbindliches Instrument geschaffen worden, das gleichzeitig sehr flexibel angelegt ist (vgl. ebd.).

Die Förderung der Regional- und Minderheitensprachen erstreckt sich auf die Bereiche Bildung, Rechtswesen, Verwaltung, Kultur, öffentliche Dienstleistung, Medien, Wirtschaft, soziales Leben sowie den grenzüberschreitenden Austausch. Obwohl die Charta völkerrechtlich legitimiert ist, sind für die Umsetzung die nationalen Regierungen zuständig (vgl. Nißl 2011:228f).

Nißl weist in ihrem Buch *„Die Sprachenfrage in der Europäischen Union“* darauf hin, dass Frankreich dieses Dokument bisher nicht ratifiziert hat, was wiederum negative Rückschlüsse auf den Status der Regional- und Minderheitensprachen in Frankreich zulässt (vgl. Nißl 2011:229).

Ein Grund, für die Nicht-Ratifizierung hat mit dem geschichtlichen Aspekt der französischen Sprachpolitik, im Speziellen mit der Französischen Revolution zu tun:

Wenn in der französischen Revolution erstmals die Möglichkeiten erwogen und im Ansatz auch geschaffen wurden, den Erwerb der Sprache der Nation im Prinzip jedem Bürger zu gewährleisten, so wurde zugleich der Ausgangspunkt einer neuen Qualität in der systematischen Verdrängung der Regionalsprachen gesetzt.

Die sozialen Funktionen der Regionalsprachen¹² waren bereits durch die zentralistische Sprachpolitik des Absolutismus beschnitten worden oder vor dem Prestige des Französischen zurückgewichen (vgl. Bochmann 1993:64).

Einige dieser Sprachen, inbegriffen das Baskische und Bretonische, waren aus den prestigereichen Domänen der Kommunikation ausgeschlossen. In soziokultureller Hinsicht

¹¹ Die Charta ist in französischer Version über folgende Website verfügbar (siehe <http://conventions.coe.int/treaty/fr/Treaties/Html/148.htm>) Stand 13.3.2013

¹² Für die Beziehung der neben dem Französischen stehenden Sprachen verwenden wir der Verständlichkeit halber diesen Terminus [...]

bedeutete dies eine Abwertung als „patois“¹³, obwohl das Okzitanische oder Katalanische auf gewichtige kulturelle Traditionen zurückblicken konnten (vgl. Bochmann 1993:64).

Geht man von dem von Frankreich 1999 in Auftrag gegebenen Bericht von Bernard Cerquiglini aus, so sind folgende Sprachen betroffen (ausgenommen der Départements d’outre-mer und der territoires d’outre-mer): dialecte allemand d’Alsace et de Moselle, basque, breton, catalan, corse, flamand occidental, francoprovençal, occitan, langues d’oïl, berbère.¹⁴ In diesem Bericht werden von Cerquiglini alle Sprachen zusammengefasst, die im Staatsgebiet von Frankreich Sprecher aufweisen und die unter den Kriterien der europäischen Charta als Regional- und Minderheitensprachen berücksichtigt werden müssen: *«La mission confiée au rapporteur, telle qu’il l’a comprise, concerne les savants, et non les militants. Elle revient à confronter ce que la linguistique sait des langues effectivement parlées sur le territoire de la République avec les principes, notions et critères énoncés par la Charte européenne des langues régionales ou minoritaires »*¹⁵

Das französische Nationalbewusstsein ist stark an die französische Sprache geknüpft. Die Ursprünge dieser Verknüpfung gehen wie bereits erwähnt auf die Jahre nach der französischen Revolution zurück (vgl. Witt 2001:16). In der Folgezeit nach der Revolution wurden die Minderheitensprachen immer stärker zurückgedrängt. Die als Minderheitensprachen anzusehenden Sprachen des Landes gelten staatlicherseits weiterhin lediglich als *langues régionales* oder werden gar nur als *patois* bezeichnet. Um noch einmal auf die Charta der Regional- und Minderheitensprache zurückzukommen, liegt die Problematik darin, dass sie eben völkerrechtlich legitimiert ist, in erster Linie aber auf national staatlicher Ebene umgesetzt wird. Die Verantwortung der tatsächlichen Implementierung entscheiden also die jeweiligen Regierungen. Zusätzlich gibt es keine Sanktionen zu befürchten. Die Förderung der Gleichberechtigung liegt im Ermessen der Mitgliedsstaaten (vgl. Nißl 2011:230).

¹³ Ausgenommen Deutsch in Elsass und Italienisch auf Korsika

¹⁴ http://www.dgflf.culture.gouv.fr/lang-reg/rapport_cerquiglini/langues-france.html Stand 25.01.2013

¹⁵ Cf. http://www.dgflf.culture.gouv.fr/lang-reg/rapport_cerquiglini/langues-france.html Stand 25.01.2013

2. Die Frankophonie

Die Idee der Gründung einer Gemeinschaft französischsprachiger Länder führte im Jahre 1970 zur Gründung einer Organisation für kulturelle und technische Zusammenarbeit, genannt *Agence de Coopération Culturelle et Technique* kurz ACCT. In dieser Organisation sind frankophone Länder Afrikas, Kanadas und Europas vereinigt und diese wird als *Agence Intergouvernementale de la Francophonie* bezeichnet. Die Schwerpunkte sind in den Bereichen der Kultur, Schule und Ausbildung anzutreffen. Aber auch wissenschaftlich technische Zusammenarbeit wird geleistet. Natürlich bildeten sich im Laufe der Zeit noch mehr Organisationen der Frankophonie. In Abständen von zwei Jahren finden regelmäßig Gipfeltreffen statt, die das Kernstück des frankophonen Gefüges bilden. Hier werden die Tätigkeitsbereiche, zu denen auch Kommunikation, Information und Wissenschaft gehören, besprochen.¹⁶

Die Frankophonie kann als Gemeinschaft von Völkern bezeichnet werden, die Französisch sprechen. Dazu gehört auch das Französische, das in In- und Ausland genutzt wird (vgl. Erfurt 2005:2).

Frankophonie ist auch ein „institutioneller“ Rahmen, welcher sich aus Behörden, Nicht-Regierungs-Organisationen und anderen Vereinigungen zusammensetzt. Diese „*Organisation Internationale de la Francophonie*“ - kurz OIF - besteht mittlerweile aus 77 Mitgliedsstaaten oder Regierungen.¹⁷

Das Hauptaugenmerk der Frankophonie liegt auf der Arbeit der „Image du français“. Das Französische soll nicht nur als Bildungselitensprache Europas wahrgenommen werden, sondern auch auf internationaler Ebene seinen Ruf stärken und sich als moderne, zeitgemäße Sprache zeigen.

Ein wesentlicher Fokus der OIF bleibt allerdings bei Europa, da hier das Französische eine seiner letzten Hochburgen bewahrt zu haben scheint, und eben deshalb der Schwerpunkt der Sprachpolitik auf diesen Fokus gesetzt wird. Auf der Internetseite der OIF findet man zum Thema „französische Sprach- und Sprachenvielfalt“ folgende Richtlinie:

« *Promouvoir l'usage du français et renforcer son enseignement impliquent des interventions adaptées à des contextes et publics différents. Sur la scène internationale comme au sein de*

¹⁶ <http://www.francophonie.org/Une-histoire-de-la-Francophonie.html> Stand 10.3.2013

¹⁷ Vgl. ebd.

l'espace francophone, les actions prennent en compte la cohabitation du français avec d'autres langues. »¹⁸

Die weltweite Förderung der französischen Sprache ist an ihre Entwicklung auf dem europäischen Kontinent gebunden. Einerseits auf der Ebene der Institutionen der Union, als auch in den europäischen Bildungssystemen.¹⁹ Die Förderung der französischen Sprache in Europa wird von den französischen Botschaften und Kultureinrichtungen und durch die frankophonen Partner gewährleistet.

Vor allem zu nennen ist der mehrjährige Aktionsplan zur Förderung der französischen Sprache, der 2002 von der französischen und luxemburgischen Regierung und der Französischen Gemeinschaft Wallonien-Brüssel mit der Unterstützung der Internationalen Organisation für die Frankophonie (OIF) umgesetzt wurde. Einer der Punkte dieses Aktionsplanes ist die Französischausbildung für Diplomaten und jene Beamte und Bedienstete der Mitgliedsstaaten, die mit den Gemeinschaftsinstitutionen zusammenarbeiten.

Allgemein gilt als vorrangiges Anliegen die Förderung der französischen Sprache in der Europäischen Union. An dieser Stelle arbeitet auch die OIF daran mit, die Bereitstellung von Aus- und Weiterbildungen für jene Beamte zu forcieren, die für multilaterale und europäische Fragen zuständig sind.²⁰

Die Frankophonie spielt in dieser Form eine tragende Rolle, die garantieren soll, dass Französisch eine internationale Kommunikationssprache bleibt und dass die sprachliche Zukunft von Französisch in Europa gesichert sein muss, sowohl in den europäischen Institutionen als auch in allen relevanten Bildungsbereichen.²¹

2.1 Die Akteure der Frankophonie

Als Akteure der Sprachpolitik führen sie die Planungen und Ideen aus. Folgende Akteure stehen im Zusammenhang mit der Frankophonie²²:

Die Beigeordneten Ministerien für Zusammenarbeit, Entwicklung und Frankophonie:

In ihrem Aufgabenbereich liegt die mit der Frankophonie und der Politik einhergehende

¹⁸ <http://www.francophonie.org/-Pour-la-langue-francaise-.html> Stand 13.3.2013

¹⁹ Strategie zur Förderung der französischen Sprache in Europa 2002, http://www.diplomatie.gouv.fr/de/themen_6/francophonie-franzosische-sprache_163/die-forderung-der-franzosischen-sprache_1412/strategie-zur-forderung-der-franzosischen-sprache-in-europa_2812.html

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Vgl. ebd.

²² als Quelle für diese Information dient die Website der OIF mit dem Link <http://www.francophonie.org/L-Organisation-internationale-de.html> Stand 14.3.2013

Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen. Daher die Gestaltung und Orientierung der Aktionen, die vom Staat und den jeweiligen Organisationen durchgeführt werden. Die folgenden sechs Akteure sind Ämter die dem französischen Außenministerium zur Verfügung stehen:

- **Das Amt für frankophone Angelegenheiten**

Es enthält im Wesentlichen zwei Aufgaben: Zum einem die Überwachung des Funktionierens der Organe der Frankophonie - damit sind ebenfalls Treffen, wie Gipfel, Ministerkonferenzen und ständiger Rat gemeint, sowie die Umsetzung der multilateralen Kooperationsprogramme.

- **Die Generaldirektion für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (DGCID)**

Dazu zählen unter anderem die Gruppe für französische Sprache und die Gruppe für die Förderung der kulturellen Vielfalt.

- **Das Ministerium für nationale Bildung, Hochschulwesen und Forschung und das Ministerium für Kultur und Kommunikation**

Die wichtigste Abteilung dieses Ministeriums ist die DGLFLF, die allgemeine Abteilung für die französische Sprache und die Sprachen Frankreichs (Délégation générale à la langue française et aux langues de France). Ihre Aufgabe besteht darin, Aktionen der Ämter und privater Einrichtungen, die zur Verwendung und Verbreitung der Französischen beitragen, zu koordinieren und zu fördern.

- **Der hohe Rat der Französischen Sprache**

Der Conseil Supérieur de la Langue Française hat die Aufgabe, der Regierung Vorschläge über die Verwendung, Verbreitung und Valorisierung der französischen Sprache und der Fremdsprachen zu unterbreiten.

« Étudier, dans le cadre des grandes orientations définies par le Président de la République et le Gouvernement, les questions relatives à l'usage, à l'aménagement, à l'enrichissement, à la promotion et à la diffusion de la langue française en France et hors de France et à la politique à l'égard des langues étrangères »²³

²³ <http://www.culture.gouv.fr/culture/dglf/droit/decret89.htm> Stand 26.1.2013

Der Rat wurde 1989 gegründet und arbeitet eng mit der DGLFLF zusammen. Er ist als „organe consultatif“ tätig im Gegensatz zur DGLFLF, die als „organe exécutif“ für ausführende Tätigkeiten zuständig ist.

- **Der hohe Rat der Frankophonie**

Der Haut Conseil de la Francophonie ist eine weitere Organisation, die auf internationaler Ebene fungiert. Mitglieder sind Vertreter Frankreichs und Persönlichkeiten frankophoner Länder. Zu seinen Aufgaben zählen unter anderem:

*« préciser le rôle de la francophonie et de la langue française dans le monde moderne [...]. Chaque année, il établit un rapport sur l'état de la francophonie. »*²⁴

- **Allgemeiner Ausschuss für Terminologie und Neologie**

Der allgemeine Ausschuss für Terminologie und Neologie (Commission Générale de terminologie et de néologie) koordiniert die Aktivität der Terminologie und Neologie-Ausschüsse.

Weitere politische Akteure der Frankophonie sind: l'Assemblée parlementaire de la Francophonie (APF), l'Agence universitaire de la Francophonie (AUF), der Fernsehsender TV5, l'Association internationale des maires francophones (AIMF) und die 'Université Senghor d'Alexandrie'.²⁵

2.2 Die DGLFLF

Die Entstehung der « Délégation générale à la langue française et aux langues de France » beginnt 1966, als der damalige Premierminister Georges Pompidou unter seiner Leitung « Le Haut comité pour la défense et l'expansion de la langue française », gründet welches später zum « le Haut comité pour la langue française » wird. Im Jahre 1984 wird dieses Komitee von zwei neuen Organisationen ersetzt: „Le Comité consultatif“ und „Le Commissariat

²⁴ Vgl. <http://www.francophonie.org/oif/hcf.cfm> Stand 10.3.2013

²⁵ Vgl. <http://www.francophonie.org/L-Organisation-internationale-de.html> Stand 10.3.2013

général“, welches ab 1986 dem Frankophonie-beauftragten Minister unterstellt ist. Fünf Jahre später werden diese wiederum vom « *le Conseil supérieur de la langue française* » und « *la Délégation générale à la langue française* » ersetzt.

1993 wird « *la Délégation générale à la langue française* » dem Kulturministerium unterstellt, welches auch mit der Frankophonie beauftragt war. Im Jahre 2001 wird diese dann endgültig zu « *la Délégation générale à la langue française et aux langues de France* ». ²⁶ Die DGLFLF soll aufzeigen dass die Wiedererkennung und Wahrung der sprachlichen Vielfalt im eigenen Land zur staatlichen Aufgabenstellung gehört. ²⁷

Die aktuell bestehende DGLFLF besteht seit 2001 und gehört zu den wichtigsten staatlichen Organisationen. Mit dem Leitspruch « *la langue de la République est le français* » (Art. 2 de la Constitution) vertritt sie die Ansicht, dass die Sprache verantwortlich für die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft ist. Diese Institution ist dem « *ministère de la culture et de la communication* » unterstellt. Man könnte es daher auch als „Sprachenministerium“ bezeichnen. Die wichtigsten Eckpunkte dieser Organisation sind unter anderem, dem Bürger sein Recht auf die Sprache zu garantieren, die französische Sprache zu modernisieren und zu bereichern, sowie die sprachliche Vielfalt und die Sprachen Frankreichs zu fördern. ²⁸

Die DGLFLF trägt mit ihren sprachpolitischen Aktionen dazu bei, die französische Sprache in Europa und in der Welt zu verbreiten:

«Sur le territoire de l'UE, le français est la seule langue à être officiellement parlée dans plus de deux États (comme l'allemand) et à se prévaloir d'un rayonnement international.» ²⁹

Auf dem Gebiet der Europäischen Union ist Französisch die einzige offizielle Sprache, die in mehr als einem Staat gesprochen wird. Die Reichweite und Wichtigkeit des Französischen wird an dieser Stelle noch einmal betont. Die wichtigen fünf Aufgaben ³⁰ der DGLFLF sind:

- **Garantir à nos citoyens un droit au français**

Die DGLFLF überprüft die Anwendung von Gesetzestexten, die die französische Sprache betreffen, im speziellen überwacht sie das Loi Toubon du 4 août 1994 welches für den Gebrauch der französischen Sprache zuständig ist.

²⁶ <http://www.dglflf.culture.gouv.fr/> Stand 13.3.2013

²⁷ <http://www.francophonie.org/oif/hcf.cfm> Stand 10.3.2013

²⁸ <http://www.dglflf.culture.gouv.fr/> Stand 13.3.2013

²⁹ Vgl. ebd.

³⁰ Vgl. cinq priorités pour une politique de la langue <http://www.dglf.culture.gouv.fr/> Stand 10.3.2013

- **Mettre la langue française au service de la cohésion sociale**

Die DGLFLF unterstützt die Verwendung und Beherrschung der französischen Sprache und kämpft gegen den sprachlichen Ausschluss im sozialen Zusammenhang.

- **Enrichir et moderniser la langue française**

Die DGLFLF unterstützt und koordiniert die Aktionen der unterschiedlichen Akteure die zur Erarbeitung von Neologismen zuständig sind (commission générale de terminologie et de néologie, Académie française, commissions spécialisées, ministères partenaires...) und bemüht sich darum, diese der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

- **Favoriser la diversité linguistique**

Die Zunahme des Austausches und der Kontakte zwischen den Sprachen führt die Politik der DGLFLF zu einer Förderung der Vielsprachigkeit, vor allem auf europäischer Ebene. Als zwei konkrete Punkte werden das lebenslange Fremdsprachenlernen und das Verständnis für andere Sprachen, vor allem für Sprachen, die aus derselben Sprachenfamilie stammen, zu fördern genannt. Zuletzt wird vorgeschlagen, die Übersetzungspolitik zu überarbeiten, indem man mehr technologische Neuerungen zulassen will und verstärkt den Beruf der Übersetzer fördert.

- **Promouvoir et valoriser les langues de France**

Die DGLFLF trägt ihren Teil dazu bei, das Erbe, das sich in den Sprachen Frankreichs findet, zu verbessern und bekannter zu machen. Sie unterstützt die Erschließung der Sprachen des Theaters, des Chanson, der Bücher und alle anderen Disziplinen, wo Sprache Instrument von Kreativität ist. Sie unterstützt den Ausbau der Ausdrücke, im Feld der kulturellen und technischen Moderne, sowie in den Bereichen Audiovision und Multimedia.

Die « délégation générale à la langue française et aux langues de la France » leistet mit ihren Aktionen einen wesentlichen Beitrag zur Verbreitung der französischen Sprache in Europa und auf der ganzen Welt und sieht sich selber auch als Verbreiterin der sprachlichen Vielfalt.

3. Sprachenpluralismus in der EU

Sprachenpluralismus bedeutet das Nebeneinander von verschiedenen Sprachen (vgl. Stoye 2000:112). In Bezug auf die Europäische Union bedeutet dies, die Idee der „Einheit in Vielfalt“ zu unterstützen. So steht es auch in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union aus dem Jahr 2000, in der sich die EU verpflichtet, die Sprachenvielfalt zu achten (Artikel 22) und die Diskriminierung u.a. aufgrund der Sprache (Artikel 21) zu verbieten. Somit gehört die Wahrung der Sprachenvielfalt, neben Respekt der Person, Toleranz und Akzeptanz anderer Menschen zu den Grundwerten der Europäischen Union. Wichtig hierbei ist zu betonen, dass dies nicht nur für die Amtssprachen gilt, sondern auch für die Regional- und Minderheitensprachen der einzelnen Bevölkerungsgruppen.³¹

Mit dieser Einstellung hat die EU im Vergleich mit anderen internationalen Organisationen eine einzigartige Herausforderung zu bewältigen. Die Vielsprachigkeit ermöglicht den Bürgern Europas Verschiedenartigkeit, indem sie ihre unterschiedliche Kultur und einen Teil ihrer Identität bewahren können. In der Vielfalt der europäischen Sprachen spiegelt sich der Reichtum unserer Kulturen. Marcus Bär (2004:21) spricht von einem vereinigten Europa im Sinne eines Europas vieler verschiedener Muttersprachen, *„die in unserer multikulturellen Welt immer mehr miteinander in Kontakt treten (werden).“* Daher hat die Europäische Union die Vielsprachigkeit als Ideal auf die Fahne geschrieben (vgl. ebd.). Innerhalb der Europäischen Union werden viele Sprachen gesprochen. Es handelt sich um die 23 offiziell anerkannten Sprachen, mehr als 60 Regional- und Minderheitensprachen sowie zahlreiche andere Sprachen, die von Migrantengemeinschaften gesprochen werden. Zwar besitzt die Europäische Union eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten, da die Sprachen- und Bildungspolitik in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitgliedsstaaten fällt. Jedoch ist sie im hohen Maße daran interessiert, die sprachliche Vielfalt zu schützen (vgl. Eurobarometer 2012:2).

Die Europäische Union verändert seit dem späten 20.Jahrhundert durch ihren supranationalen Charakter und ihre Sprachpolitik das klassische Gefüge der europäischen Nationalsprachen (vgl. Schreiner 2006:9).

Aus sprachpolitischer Sicht soll die Vielsprachigkeit bewahrt werden, jedoch muss man auch berücksichtigen, dass in Hinsicht auf die Wirtschaftspolitik jede zusätzliche Sprache Kosten und Schwierigkeiten bei der Verständigung verursacht. Durch die Regelung n°1/1958³² werden die offiziellen Amts- und Arbeitssprachen definiert. Diese regelt ebenfalls, dass die

³¹ Vgl. <http://europa.eu/languages/de/chapter/5> Stand 11.12.2012

³² vom 15.04.1958

Dokumente in jeder dieser Sprachen bei den EU-Institutionen eingereicht und in jeder dieser Sprachen beantwortet werden können.³³ Dies bringt einen hohen Kostenaufwand aufgrund der Übersetzung mit sich.

Nun drängt sich die Frage auf, ob eine Bewahrung des Sprachenpluralismus wirklich sinnvoll ist, da sie ja eigentlich im Gegensatz zur Globalisierung und dem Abbau von Sprachhindernissen steht.

Diese Frage ist mit ja zu beantworten. Die europäische Gemeinschaft besteht aus vielen Ländern, die Träger ihrer jeweiligen Kultur sind. Die Sprache ist ein wichtiger Faktor, der im Begriff der Kultur impliziert und somit Träger kultureller Identität jedes Landes ist. Die Vielfalt der europäischen Kulturen reflektiert sich in den Sprachen und diese geben Auskunft darüber, was die jeweilige Sprachgemeinschaft gesellschaftlich, politisch und kulturell bewegt. Man sollte sich nicht auf eine Sprache für alle Nationen beschränken, sondern im Gegenteil fördern, dass die Bürger der Europäischen Union hinsichtlich ihrer Mehrsprachigkeit gefordert werden.

Dafür hat die EU zahlreiche Initiativen, Programme und sprachpolitische Akte ins Leben gerufen. Schon in den Jahren 1997 und 1998 führte Witt eine Befragung unter den EU-Bürgern zum Thema der Sprachpolitik in den Organen der EU durch. Damals wurden Bürger und Bürgerinnen aus allen 15 Unionsmitgliedstaaten ab dem Alter von 15 Jahren befragt. Der Titel der Umfrage lautete: „*Die Meinung der Bürger zur Sprachpolitik in den Organen der Europäischen Union*“ (Witt 2010:127f). Die Ergebnisse der Befragung zeigen die Trends der Eurobarometer-Umfrage³⁴ auf: Die Mehrheit der EU-Bürger plädiert für ein mehrsprachiges Europa und der Erhaltung der Sprachenvielfalt und respektiert die von der EU propagierte Sprachpolitik mit der Gleichbehandlung aller Amtssprachen. Laut Bär eine gute Ausgangsposition, um die Bürger auch weiterhin für Mehrsprachigkeit in Europa zu sensibilisieren (vgl. Bär 2004:57).

Es ist und wird auch in Zukunft eine große Herausforderung für Sprachpolitiker und Sprachplaner bleiben, zielführende Maßnahmen zu planen und diese dann auch durchzuführen. Dies wird im Zuge dieser Arbeit später noch deutlicher herausgearbeitet durch die Betrachtung und Analyse von drei Papieren, die von der europäischen Kommission zum Thema der Mehrsprachigkeit veröffentlicht wurden.

³³ Vgl. http://ec.europa.eu/languages/languages-of-europe/eu-languages_de.htm Stand 9.3.2013

³⁴ Vgl. Eurobarometer 386 2012

4. Das Französische in der EU

Von den 450 Millionen europäischen Bürgern sind 70 Millionen frankophon und 12 Millionen lernen Französisch.³⁵

Französisch ist eine Amts- und Arbeitssprache der Europäischen Union. Die Politik zur Förderung der französischen Sprache als eine Sprache der europäischen Institutionen steht im Vordergrund der französischen Sprachpolitik, aber auch in der europäischen Sprachpolitik, da das Französische eine Sprache der europäischen Institutionen ist.

Laut der Eurobarometer Studie 2012³⁶ hatten im Jahr 2012 13% der Europäer Englisch, 16% Deutsch, 12% Französisch, 13% Italienisch und 8% Spanisch als Muttersprache. Die fünf meistgesprochenen Sprachen sind nach wie vor Englisch (38%), Französisch (12%), Deutsch (11%), Spanisch (7%) und Russisch (5%).

Englisch ist mit über der Hälfte der Befragten klar die meist verwendete Sprache in der EU. Zwei Drittel der europäischen Bürger (67%) sind davon überzeugt, dass für sie persönlich Englisch eine der beiden wichtigsten Sprachen ist. Die Sprachen, die darauf folgend als die Nützlichste angesehen werden, sind: Deutsch (17%), Französisch (16%), Spanisch (14%) und Chinesisch (6%).

Eine Vormachtstellung des Französischen in der Europäischen Union ist auch dadurch gegeben, dass das Französische bereits in drei der sechs ursprünglichen Mitgliedsländer als Amtssprache fungiert.

5. Sprachpolitik und die europäische Union

Die EU verändert die sprachliche Situation Europas in vielfältiger Weise. Durch die Gründung der europäischen Gemeinschaft findet auf politischer Ebene ein Agieren zwischen „Vertiefen“ und „Erweitern“ statt. Mit Vertiefung ist gemeint, dass politische Prozesse, die bis dato einzelstaatliche Kompetenzen waren, teilweise oder ganz auf die EU-Ebene

³⁵ Strategie zur Förderung der französischen Sprache in Europa 2002, http://www.diplomatie.gouv.fr/de/themen_6/francophonie-franzosische-sprache_163/die-forderung-der-franzosischen-sprache_1412/strategie-zur-forderung-der-franzosischen-sprache-in-europa_2812.html

³⁶ http://ec.europa.eu/education/policies/lang/languages/eurobarometer12_de.html Die Europäer und ihre Sprachen, Eurobarometer Spezial 243 von der europäischen Kommission.

übertragen werden oder eben auf andere Weise die politische Integration eines Mitgliedstaates forcieren (vgl. Schreiner 2006:49).

Die Erweiterung bedeutet die Aufnahme weiterer Mitgliedsstaaten. Wenn man Vertiefung und Erweiterung als politische Strategien betrachtet, so erkennt man in der Umsetzung, dass sich diese beiden Faktoren teilweise widersprüchlich oder sogar ausschließend verhalten können. Natürlich kann es sich aber auch so ergeben, dass die beiden Strategien zusammenarbeiten und sich als generell und parallel machbar erweisen (vgl. Schreiner 2006:49f).

Auf sprachpolitischer Ebene stellt die Erweiterung natürlich eine Herausforderung dar. Durch die Erweiterung steigt auch die Zahl der offiziellen EU-Amtssprachen. In Folge steigen auch die Übersetzungskosten für beispielsweise künftige Veröffentlichungen, Beschlüsse, Verhandlungen und mündliche Debatten innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten (vgl. Schreiner 2006:49).

Das auffälligste Merkmal der europäischen Sprachpolitik ist die Herausforderung, die durch 23 Amtssprachen in 27 verschiedenen Staaten gegeben ist. Das bedeutet, dass je höher die Anzahl der verschiedenen Sprachen ist, desto schwieriger wird es auch, alle Sprachen gleichwertig zu behandeln. Das Recht der Bürger der EU, ihre jeweiligen Sprachen zu sprechen, hat einen hohen Stellenwert in der kurzen Geschichte der Europäischen Union (z.B. die Verankerung in der Grundrechtcharta und Aufnahme im EU-Verfassungsvertrag).

Alle Sprecher Europas sollen das Recht haben, Gebrauch ihrer eigenen Sprachen machen zu können.

Dazu bedarf es einer „gerechten“ Sprachenpolitik. Vor allem der europäische Gerichtshof sieht sich hier einer schwierigen Aufgabe gegenübergestellt. Wenn eine EU-Verordnung in 23 Sprachen abgefasst wird, die jeweils eine eigene Rechtstradition aufweisen, so kann diese dann 23 Mal anders verstanden werden - selbst bei Ausschließung von Übersetzungsfehlern. Also wird die Kommunikation auf rechtlichem Wege schwieriger, wenn man versucht, alle Sprachen gleich zu behandeln, da verschiedensprachige Fassungen auf ein und dieselbe Verordnung zurückzuführen sind (vgl. Schreiner 2006:58).

Durch die Gründung einer internationalen Organisation wie der Europäischen Union, entsteht in gewisser Weise ein neues Konfliktfeld auf sprachlicher Ebene. Festmann meint dazu in ihrem Buch „Die Sprachenfrage der EU“: *„Vor allem im Verwaltungsbereich konkurrieren die offiziellen Sprachen der einzelnen Mitgliedsstaaten miteinander. Verschiedene Mitgliedstaaten befürchten, die eigene Nationalsprache könne im europäischen Rahmen an*

Geltung und Einfluss verlieren [...]“ (Festman 2010:5). Umso mehr ist eine gezielte Sprachenpolitik auf europäischer Ebene von Nöten.

5.1 Statuspolitik als Teil der EU-Sprachenpolitik

Nun ist es für meine Arbeit wichtig, den Status des Französischen herauszustreichen, um die sprachpolitischen Maßnahmen besser verstehen zu können.

Daher stelle ich die Frage, welche Stellung das Französische in der EU-Sprachpolitik einnimmt und in weiterer Folge, welche Maßnahmen seitens des Mitgliedstaates Frankreich gesetzt werden um diese Stellung zu verändern. Im Gegensatz zur Statusplanung steht die Korpusplanung, die sich auf nationaler Ebene mit Bereichen wie Grammatik und Orthografie beschäftigt. Innerhalb der Europäischen Union beschränkt sie sich auf die Fachterminologie. Dies erscheint einleuchtend, da bei 27 Mitgliedsstaaten eine einheitliche Verständigung eine Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Miteinander darstellt.

Ein Beispiel der Korpusplanung wäre die Terminologiedatenbank EURODICAUTUM, in der man mehrsprachige EU-Fachterminologie entwickelt hat, um einen einheitlichen Sprachgebrauch zu gewährleisten (vgl. Schreiner 2006:47f.).

Dem gegenüber steht die Statusplanung. Auf EU-Ebene ist die Statusplanung von größerer Bedeutung. Durch die „Erhebung“ zur Amtssprache hat die EU diesen Sprachen automatisch einen höheren Status eingeräumt, als er anderen Sprachen zukommt (vgl. Schreiner 2006:76). In der EU gibt es aktuell 23 Amtssprachen, wobei das Englische die am meisten verwendete Sprache ist. Amtssprache bedeutet die Sprache, in der sich die Behörden (Regierung, Gerichte) der Mitgliedsstaaten untereinander und mit der Bevölkerung verständigen. Die Bürger können sich ebenfalls in dieser Sprache an die jeweiligen Verwaltungseinrichtungen wenden.³⁷

Um aber eine effiziente Arbeit der Bürokratie zu gewährleisten, muss die EU-Verwaltung schnell und effektiv arbeiten können, so werden EU-intern nur eine oder wenige Amtssprachen verwendet.³⁸

Die Ministerrunde des Rates wird in Anwesenheit von Dolmetschern abgehalten, jedoch bei Treffen von Beamten und Experten wird nur das Englische verwendet. Das Generalsekretariat des Rates verwendet Französisch als Arbeitssprache. Die Kommission und ihre Behörden

³⁷ http://ec.europa.eu/languages/languages-of-europe/eu-languages_de.htm Stand 10.3.2013

³⁸ Vgl. Europäische Rat 1958; Art.6 (Sprachenverordnung)

gebrauchen Englisch, Französisch und, immer seltener Deutsch als Arbeitssprachen (vgl. Ross 2003:20-26). Die dominierende Arbeitssprache des europäischen Gerichtshofs, außerhalb der formellen Verfahren, ist das Französische.

Somit kann man sagen, dass je weniger die Öffentlichkeit beteiligt ist und es sich um interne Kommunikation innerhalb der europäischen Institutionen handelt, desto öfter wird das Englische oder das Französische genutzt.

Patrick Schreiner spricht daher bezogen auf die Statusplanung, von einer offiziellen sowie inoffiziellen Statusplanung (vgl. Schreiner 2006:78). Er ist der Meinung, die EU habe eine Hierarchie aufgebaut, was die interne bzw. offizielle Kommunikation betrifft. In der „inoffiziellen“ Amtssprachenregelung dominieren klar das Englisch und das Französische, wobei die restlichen Amtssprachen im externen Schriftverkehr und Veröffentlichungen der EU verwendet werden. Diese „hierarchische“ Einteilung führt natürlich oft zu Konflikten, da andere Sprachen benachteiligt werden.

Hier ein kurzes Beispiel auf Frankreich bezogen: Als das Französische noch deutlich dominierende Arbeitssprache in der EG war und nicht drohte, vom Englischen verdrängt zu werden, gab es seitens der französischen Regierung kein Verlangen zur Abänderung der herrschenden monolingualen Situation. Nun, da das Französische seinen Status als Amtssprache zu Gunsten des Englischen immer mehr abgeben muss, setzt sich Frankreich verstärkt für die Gleichberechtigung der europäischen Sprachen ein (vgl. Ross 2003:88) und daher auch verstärkt für den Sprachpluralismus.

5.2 Status des Französischen in der EU

In der Europäischen Union gibt es wie bereits mehrfach erwähnt 23 Amtssprachen, wobei Englisch die am meisten verwendete ist.³⁹

Das Englische liegt mit 51% der Befragten der Mitgliedsstaaten, die es als Mutter- oder Fremdsprache verwenden, klar an erster Stelle, gefolgt von Deutsch mit 32% und an Dritter Stelle das Französische mit 26%.⁴⁰ Englisch ist auf Länderebene in 19 der Mitgliedsstaaten, in denen es keine offizielle Landessprache ist (d.h. ausgenommen das vereinigte Königreich und Irland), die meistgesprochene Fremdsprache (vgl. Eurobarometer spezial 386, 2012:7).

³⁹ Vgl. Eurobarometer 24, 2006: 4

⁴⁰ Vgl. Eurobarometer 24, 2006:4f

In der Regelung n°1/1958 vom 15.04.1958 sind die offiziellen Arbeitssprachen und Amtssprachen der Organe der Gemeinschaft definiert.

Dazu zählen zum jetzigen Zeitpunkt folgende Sprachen: Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch.

Alle Dokumente des Parlaments sind in den offiziellen Sprachen verfasst.

« Le français est, par tradition, la langue du délibéré dans le système juridictionnel communautaire. Les arrêts et avis de la Cour de justice des Communautés européennes et du Tribunal de première instance sont ainsi rendus en français, les traductions étant ensuite faites dans toutes les autres langues officielles.

Depuis le traité d'Amsterdam de 1997, tout citoyen de l'Union peut écrire aux institutions et organes dans l'une des langues du traité [...] et peut recevoir une réponse rédigée dans la même langue. »⁴¹

Somit wahrt man die Möglichkeit für alle EU-Bürger, sich an die jeweiligen Institutionen wenden zu können.

Der Platz des Französischen in den europäischen Institutionen hat im Jahre 2005 einen Rückgang vor allem in den schriftlichen Textproduktionen erlebt. Nun ist es wichtig, dass auch im Zuge der letzten Erweiterung durch Rumänien und Bulgarien das Französische weiterhin forciert wird, um seinen Status beizubehalten.⁴² Die französischen Akteure der Frankophonie unterstützen die Beibehaltung des Status mittels dem „Plan pluriannuel d'action pour le français dans l'Union européenne“⁴³. Im Fokus desselben befinden sich die Funktionäre und Diplomaten als „Nutzer“ der französischen Sprache. Dieser Plan wird in vorliegender Arbeit in einem eigenen Kapitel näher erläutert werden.

6. Französisch in den Institutionen der Europäischen Union

Die europäische Union besteht aus mehreren Institutionen: dem europäischen Rat, der Instanz der Entscheidungen durch die Vertreter der Staaten, der europäischen Kommission, dem europäischen Parlament, sowie dem Gerichtshof und der europäischen Zentralbank. Im

⁴¹ Vgl. DGLFLF Rapport 2008 :90

⁴² Vgl edb. 2008 :91f

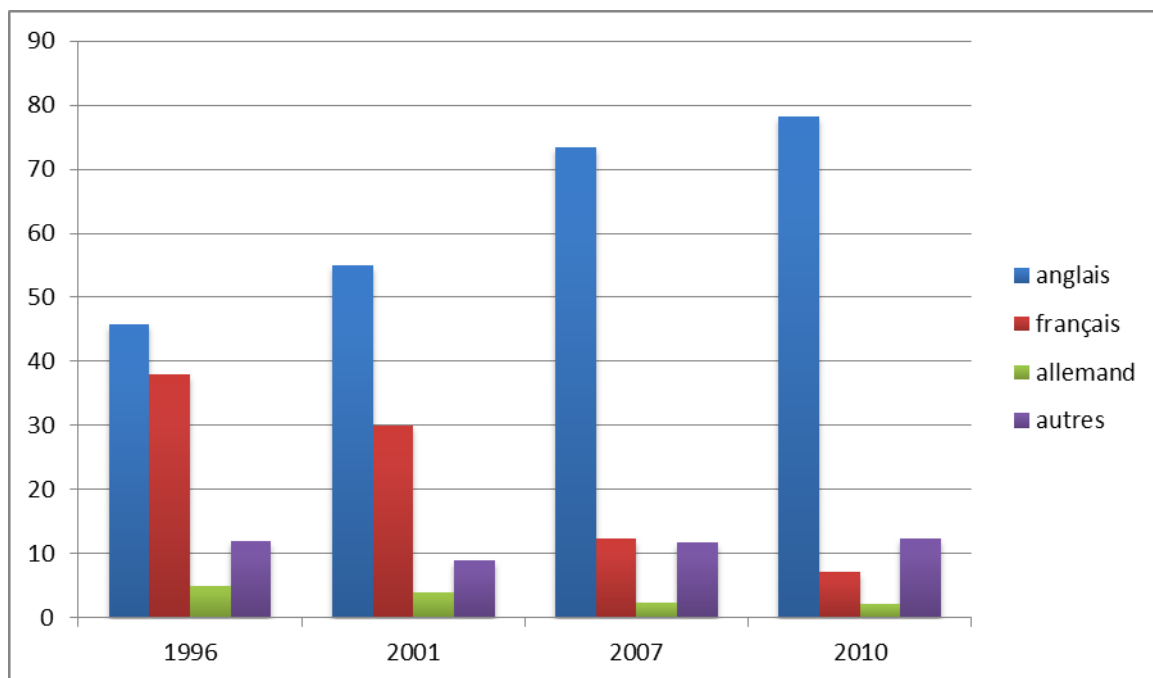
⁴³ http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/Plan_plurian_fr_UE.pdf Stand 10.3.2013

Folgenden soll die Situation des Französischen in den EU-Institutionen, der Kommission, dem Rat und dem europäischen Gerichtshof beleuchtet werden.

Die Situation in der europäischen Kommission

Die Arbeitssprachen der Kommission sind Englisch, Deutsch und Französisch. Anhand der folgenden Tabelle (Rapport de DGLFLF 2011:132), kann man herauslesen, welche der drei Arbeitssprachen in der Kommission stärker vertreten ist.

Abbildung Arbeitssprachen der Europäischen Kommission 1⁴⁴



In Relation gesetzt zu den Jahren davor, erkennt man den Anstieg des Englischen der redigierten Dokumente der Kommission. Im Jahr 2005 liegt das Englische bereits bei 68,5%, während beim Französischen eine starke Regression festzustellen ist. Auch wenn es sich im Jahre 1996 nur wenige Prozente unter dem Englischen befindet, so ist es im Jahr 2010 nur mehr bei 7,21% zu finden.

Die Zahlen zeigen, dass die Erweiterung der Mitgliedstaaten, vor allem im Jahre 2007, die Tendenz des „monolinguisme anglais“ in der Kommission fördert. Das Englische tendiert somit eindeutig zur Vormachtstellung als meist genutzte Arbeitssprache.

⁴⁴ Vgl. Rapport de DGLFLF (2006 :87)

Im Pressesaal der europäischen Kommission werden Fragen auf Englisch oder Französisch gestellt und in der Sprache der Frage wird auch geantwortet.⁴⁵

Der europäische Rat

Der Ministerrat teilt sich mit dem Europäischen Parlament die Aufgabe der Gesetzgebung. Er befasst sich mit wirtschaftspolitischen Fragen und handelt internationale Abkommen zwischen der Europäischen Union und anderen Staaten aus (vgl. Nißl 2011:74).

Im europäischen Rat ist die Berücksichtigung des Französischen stärker. Der Einfluss der genutzten Sprachen hängt natürlich auch vom Vorsitz des jeweiligen Landes und seinen Begünstigungen für die jeweilige Sprache ab. Im Pressesaal des Rates wird in einer der offiziellen Sprachen gesprochen, um auf Fragen zu antworten, jedoch wird häufig auf das Französische zurückgegriffen (DGLFLF rapport 2006:87).

Der europäische Gerichtshof

Französisch ist im Gerichtswesen der Union die Sprache der Urteilsbildung. Rechtsgutachten und Urteile des Gerichtshofes, sowie des Gerichts erster Instanz werden zunächst in Französisch abgegeben und dann erst in die anderen Sprachen übersetzt. In allen Fällen muss das Französische als Amts- und Arbeitssprache verwendet werden.⁴⁶

*« Le français est la langue de délibéré dans le système juridictionnel communautaire. Les arrêts et les avis de la Cour de justice des Communautés européennes et du Tribunal de première instance sont en français (des traductions étant disponibles dans toutes les autres langues). »*⁴⁷

Mit Beginn der französischen Präsidentschaft 1995 wurde ein spezielles Ausbildungsprogramm für Beamte, Übersetzer, Dolmetscher der europäischen Institutionen ins Leben gerufen, um das Französische in den EU-Institutionen zu verbessern: *« Dès la présidence française de 1995, le Ministère des Affaires étrangères a lancé un programme spécifique de formation au français en direction des fonctionnaires, traducteurs et interprètes des institutions européennes mais aussi des administrations centrales des pays candidats à*

⁴⁵ Vgl. Rapport de DGLFLF (2011:131)

⁴⁶ Le français dans les institutions européennes 2006 :7

http://www.dglflf.culture.gouv.fr/publications/francais_europe.pdf Stand 11.1.2012

⁴⁷ Le français dans les institutions européennes 2006 :7

http://www.dglflf.culture.gouv.fr/publications/francais_europe.pdf Stand 11.1.2012

l'élargissement et des pays voisins de l'Union européenne. »⁴⁸ Dieses Programm wurde später im Jahre 2002 mit dem « Plan pluriannuel d'action pour le français dans l'Union européenne » erweitert.⁴⁹

7. Maßnahmen für die Verbesserung des Französischen in den Institutionen der Europäischen Union

7.1 Plan d'action pluriannuel pour le français dans l'Union européenne

Die Förderung der französischen Sprache wird einerseits von den französischen Botschaften und Kultureinrichtungen, als auch durch die frankophonen Partner gewährleistet. Sie erfolgt auf der Grundlage des mehrjährigen Aktionsplans zur Förderung der französischen Sprache. Dieser Aktionsplan wurde 2002 von der französischen und luxemburgischen Regierung und der Französischen Gemeinschaft Wallonien-Brüssel, mit Unterstützung der Organisation für Frankophonie - kurz OIF - ins Leben gerufen.

Diese Förderung der französischen Sprache wird ebenso im Zuge der Bedeutung der Mehrsprachigkeit⁵⁰ von den Behörden der Mitgliedsstaaten der europäischen Union unterstützt.

Der „*Plan pluriannuel pour le français dans la perspective de l'élargissement de l'Union européenne*“ hat das Ziel, das Französische in den europäischen Institutionen zu stärken, und eine der wichtigsten Komponenten dabei ist die Ausbildung von Diplomaten sowie Beamten und Bediensteten der Mitgliedsstaaten.

Daher „*la prise en charge de la formation de diplomates des missions des commissaires européens, directeurs généraux, directeurs et membres de cabinets fonctionnaires traducteurs, interprètes, journalistes* »⁵¹

Dafür steht ein Budget von 2,5 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Der „plan d'action“ umfasst wichtige Ausbildungsangebote für bestimmte Zielgruppen, die bereits erwähnt wurden. Mitunter gehört auch die Bereitstellung von spezieller Software für die Verfassung von Verwaltungstexten in Französisch mit zu den Inhalten des Plans:

⁴⁸ http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/Plan_plurian_fr_UE.pdf Stand 18.3.2013

⁴⁹ Vgl. Kapitel 7.1 in dieser Arbeit

⁵⁰ Bsp.: Erklärung von Barcelona 2002: Jede Bürgerin und jeder Bürger der EU solle zusätzlich zur Muttersprache zwei weitere Sprachen erlernen.

⁵¹ http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/Plan_pluriannuel-2.pdf

« Ce plan vise à consolider la place de la langue française au sein des institutions européennes, par l'intermédiaire d'actions de formation et de promotion, et à développer l'usage des technologies de l'information et de la communication pour la diffusion du français en Europe. »⁵²

Um dies anhand von Zahlen zu veranschaulichen, möchte ich folgendes Diagramm anführen. Es zeigt die Personen die eine Ausbildung im Zuge dieser sprachpolitischen Maßnahme in den letzten Jahren genossen haben.

Waren es im Jahr 2001 noch 1600 Personen, die eine Ausbildung erhielten, so waren es 2006 bereits 8800. Also eine Verfünfachung des Ausgangswertes von 2001.

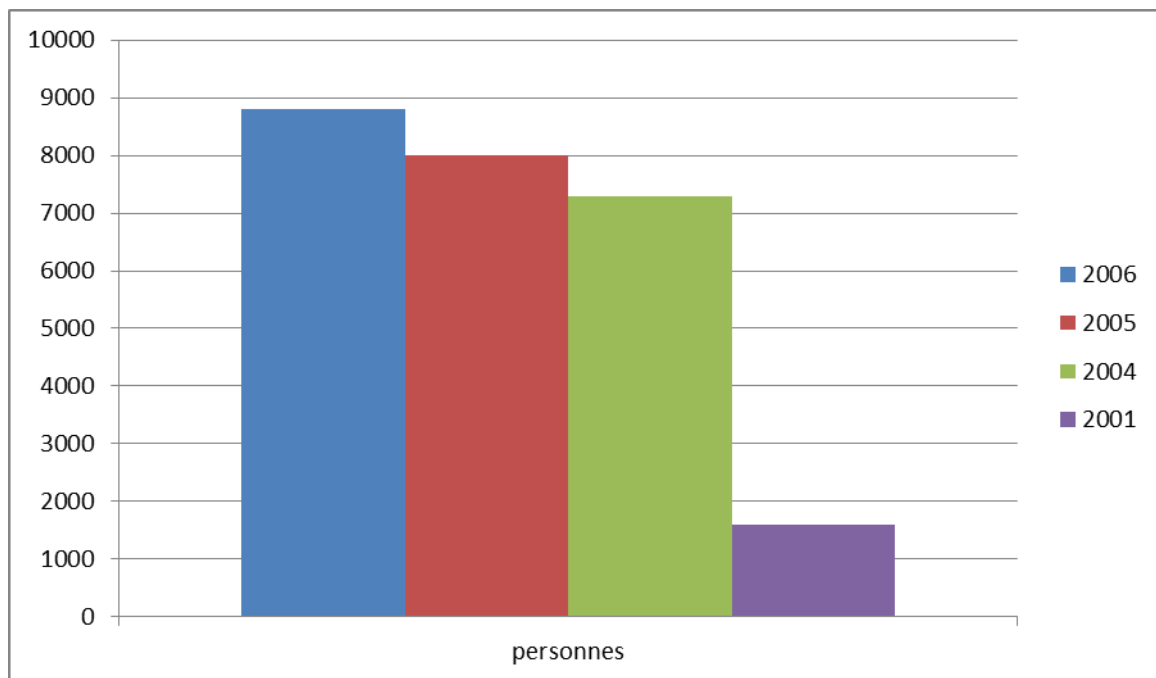


Abbildung 2⁵³ Zahl der ausgebildeten Diplomaten und Beamten in Französisch

Um herauszustreichen, in welchen Ländern verstärkt Funktionäre in der französischen Sprache ausgebildet wurden, dient die folgende Tabelle.

Im Jahre 2006 wurden in Rumänien 1000, in Ungarn 650, in Bulgarien 637, in Deutschland 350, in Österreich 110 und in Spanien 30 Funktionäre ausgebildet.

⁵² <http://www.sgae.gouv.fr/droit/docfiles/europe2.pdf> S.8

⁵³ Rapport de DGLFLF (2006:106ff)

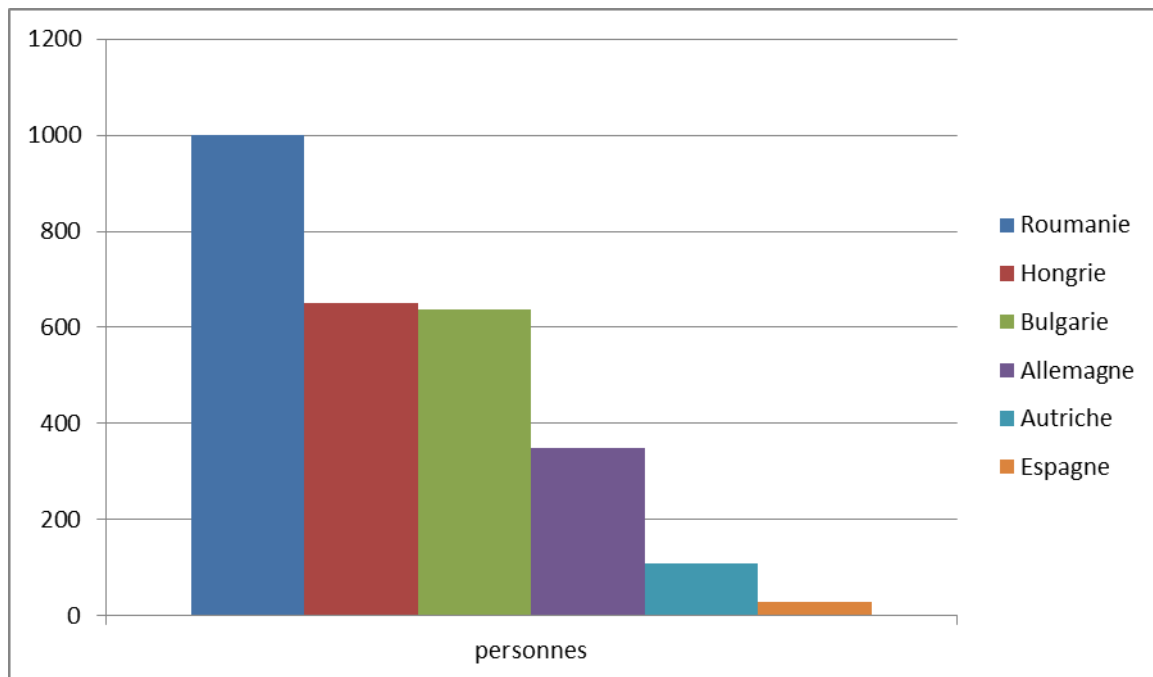


Abbildung3 ⁵⁴ Zahl der ausgebildeten Diplomaten und Länder

Das Hauptaugenmerk lag also verstärkt auf den neuen Mitgliedsstaaten, Rumänien und Bulgarien. Die französische Sprachpolitik hat sich auf die zukünftigen Beitrittskandidaten vorbereitet, indem sie sich im Jahr 2006 vermehrt auf diese Länder konzentriert hat. Weiters werden im Rahmen dieses Aktionsplans auch noch Journalisten, Experten und Interpreten ausgebildet.

Der „plan pluriannuel“ ist eine sprachpolitische Maßnahme, die das Französische weitgehend in den Institutionen stärken soll. Eine aktive Sprachpolitik ist im Zuge der Erweiterungen in der europäischen Union für Frankreich noch wichtiger, um gegen das Englische standhalten zu können.

⁵⁴ Rapport de DGLF, 2006:106ff

7.2 Der Leitfaden « Le français dans les institutions européennes »

Dieser Leitfaden⁵⁵ auch als Vade-mecum bezeichnet, ist von der „République française“ genauer gesagt, vom „Premier ministre, le ministère de la culture et de la communication (DGLFLF) » herausgegeben worden. Im Hintergrund steht dabei :

«Les Français ayant des relations avec les institutions de l'Union européenne trouveront dans ce guide des informations juridiques et pratiques sur leur langue, dont ils doivent systématiquement privilégier l'usage. Cet attachement concret à la langue française, qui n'est pas exclusif de l'emploi des différentes langues de l'Union, contribuera à faire vivre la diversité culturelle et linguistique de l'Europe.»⁵⁶

Diese Worte stammen aus dem Vorwort des Leitfadens, vom damaligen Premierminister Dominique de Villepin. In diesem Leitfaden wird genauestens erklärt, wie denn das Französische von den französischen Vertretern, die mit den Institutionen der Europäischen Union zusammenarbeiten, verwendet werden soll, um die sprachliche und kulturelle Vielfalt zu bewahren.

1. «Le français est la langue officielle et la langue de travail des institutions de l'Union européenne, conformément au règlement CE n° 1/1958 du 6 octobre 1958.
Dans les réunions, les représentants de la France s'expriment en français, qu'il y ait ou non interprétation.
2. Toute circonstance rendant impossible l'emploi du français doit faire l'objet, à tous les moins, d'une observation au procès-verbal et d'un compte rendu aux autorités françaises.
3. Si nécessaire, le report de la réunion peut être demandé.
4. Aux étapes importantes de l'examen d'un texte, sa version française doit être disponible.
5. Il convient, en tout état de cause, de refuser qu'une décision juridique soit prise sur un texte dont la version définitive en français ne serait pas disponible.
6. Le Conseil des ministres de l'Union européenne le délibère et ne décide que sur la base de documents et de projets établis dans les langues officielles et donc en français.
7. Lors de réunions informelles, les représentants français s'expriment exclusivement dans leur langue.
8. Ils s'assurent qu'il n'y a pas d'abus de réunions informelles sans interprétation.
9. Dans les relations bilatérales informelles, il convient d'utiliser le français ou, à défaut, la langue maternelle de l'interlocuteur à chaque fois que la diversité linguistique peut être encouragée.»⁵⁷

⁵⁵ http://www.dglflf.culture.gouv.fr/publications/francais_europe.pdf Stand 15.12.2012

⁵⁶ Vade-mecum <http://www.rpfrance.eu/Publication-Le-francais-dans-les.html> Stand 10.01.2013

⁵⁷ Le français dans les institutions européennes 2006:4

Die Bedingungen für die Zielgruppe dieses Leitfadens sind somit weitgehend eingeschränkt. Im Prinzip sagen diese wichtigen Punkte aus, dass das Französische unbedingt gewahrt werden soll und muss.

Weiters enthält der Leitfaden noch genaue Bestimmungen über die Nutzung des Französischen bei mehrsprachigen oder zweisprachigen Treffen, u.a. auch mit Delegierten und über die Kommunikation mit den Institutionen der Europäischen Union, außerhalb von Sitzungen oder Treffen. Bei den Treffen müssen immer Simultanübersetzer anwesend sein, und falls die französischen Vertreter den Vorsitz bei einer Versammlung führen, haben sie den Auftrag: „ne s’exprimer qu’en français“.

Der Leitfaden dient somit als Ratgeber für alle französischen Abgeordneten, Beamten, Experten, Unternehmensleiter etc. Jeder französische Vertreter in der EU hat das Recht und die Pflicht, seine Sprache in der Gesamtheit der schriftlichen und mündlichen Kommunikation mit der Union zu verwenden und damit den Status als Amts- und Arbeitssprache zu vertreten. Beamte sind dazu aufgerufen, bei Verstößen gegen die Verwendung des Französischen, sowie bei fehlender Möglichkeit, das Französische gebrauchen zu können, dies im Außenministerium zu melden.

8. Die französischen Sprachvereine

Da nun weitgehend die wichtigsten sprachpolitischen Maßnahmen der Frankophonie in den Institutionen der Europäischen Union beschrieben wurden, möchte ich auch kurz auf die Sprachvereine eingehen. Da die Rolle der Sprachvereine als sprachpolitischen Handlungsträger eine immer wichtigere wird, ist sie deshalb von Relevanz für diese Arbeit. Der Unterschied zu den anderen Akteuren der Sprachpolitik liegt darin, dass diese Vereine nicht aus staatlicher Lenkung agieren, sondern aus zivilen Akteuren bestehen, die sich für die Wahrung und den Schutz der französischen Sprache einsetzen. Besonders mit Hilfe des Internets arbeiten sie immer enger zusammen (vgl. Salon 2002:339).

Avenir de la langue française

Der Verein ALF wurde 1993 gegründet und ist der wichtigste Verein, um das immer weiter bedrohte Französisch auf nationaler und internationaler Ebene zu schützen. Er setzt sich daher für die Entwicklung und Unterstützung der französischen Sprache ein. Er überwacht unter anderem die Anwendung der Loi Toubon von 1994⁵⁸, in Bereichen wie Schriftstücken, Studien und Versammlungen. Auf der Homepage des Vereines findet man folgenden Aufruf:

*«tous ceux qui refusent de se soumettre à la domination absolue de la «langue dollar » et qui veulent continuer à vivre en français en France, dans tous les pays francophones, dans une Europe plurilingue, dans un monde riche de toutes ses langues et cultures.»*⁵⁹

Als Zielgruppe werden alle Menschen angesprochen, die an der Entwicklung und der Unterstützung der französischen Sprache mitarbeiten wollen.

Der Präsident dieses Sprachvereines, Albert Salon, meint, dass eine Zusammenarbeit auf weltweiter Ebene unter den Sprachvereinen immer wichtiger wird. Vor allem in Europa, gehören die Sprachvereine vernetzt, um eine gemeinsame Sprachpolitik in Europa einzuleiten, mit dem Ziel, die sprachliche und kulturelle Vielfalt unserer Welt zu wahren (vgl. Salon 2002:340).

Ein erster Schritt in diese Richtung wurde 2001 im Schloss von Villers-Cotterêts gesetzt, wo schon die berühmte „ordonnance“⁶⁰ des Königs Franz des Ersten 1539 verfügt wurde. 52 Sprachvereine gründen dort mit Wallonen, Brüssellern, Vertretern aus Québec und der übrigen Frankophonie das FFI- le Forum francophone international.

Weiters zeigen zahlreiche Aktionen, wie der „prix de la Carpette anglaise“ die Willenskraft seitens dieser Vereinigung, gegen den Einfluss des Englischen vorzugehen. Dieser Preis, der jährlich verliehen wird, wurde 1999 gegründet, um die „membres des élites françaises“ mit diesem Preis der Schändlichkeit auszuzeichnen, wenn sie das Englische dem Französischen vorgezogen haben und eine tragende Funktion in der Öffentlichkeit besitzen.⁶¹

Claude Allègre⁶² war beispielsweise im Jahre 1999 Preisträger für seinen Satz: *«Les Français doivent cesser de considérer l'anglais comme une langue étrangère»* (La Rochelle, 30 août 1997)⁶³.

⁵⁸ Dieses Gesetz nach dem damaligen französischen Kulturminister Jaques Toubon benannt, wurde zum Schutz der französischen Sprache, vor allem gegen die Verwendung von Anglizismen, eingeführt.

⁵⁹ Vgl. <http://www.avenirlanguefrancaise.org/> Stand 15.3.2013

⁶⁰ Französisch wurde zur einzigen Sprache der Gerichte und Verwaltung im ganzen Königreich erhoben

⁶¹ Vgl. <http://www.avenirlanguefrancaise.org/> 15.3.2013

⁶² Ehem. Bildungsminister

Forum francophone international

Das FFI hat zur Aufgabe, die Förderung des Französischen und der frankophonen Gemeinschaft sowie auch die Wahrung von sprachlicher und kultureller Diversität zu gewährleisten. Seit 2001 arbeitet die FFI an der Förderung der sprachlichen und kulturellen Diversität. Insgesamt umschließt die FFI 51 Vereine im frankophonen Sprachraum.

«Le FFI se constituera sur la base d'une Nouvelle résistance, non plus seulement française, mais de toute la Francophonie. Une résistance digne des grandes heures du passé, mais porteuse d'une vision d'avenir.»⁶⁴

In dem Zeitalter der Globalisierung, womit auch die Omnipräsenz des Anglo-Amerikanischen in Wissenschaft, Handel, Werbung etc. immer stärker wird, ist es sehr wichtig, dass die Frankophonie aktiv handelt und sich durch diverse sprachpolitische Handlungen stärkt.

Wie sind denn nun die Perspektiven der französischen Sprache in Europa? Durch die Vernetzung der Sprachvereine Europas, d.h. durch die wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen den Vereinen und Organisationen, wird die Macht dieser Akteure stärker. Somit kann auch auf politischer Ebene mehr Druck ausgeübt werden. Wenn man gegen die Vormachtstellung der englischen Sprache vorgehen will, ist eine Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten in der Europäischen Union unablässig.

⁶³ Siehe <http://www.avenirlanguefrancaise.org/>

⁶⁴ <http://www.avenirlanguefrancaise.org/>

9. Zwischenfazit

Sprachpolitik erscheint als äußerst komplexes Thema. Sprache fungiert als „nationale“ Einheit und ist ein wichtiges Merkmal von Zugehörigkeit auf nationaler Ebene. Im Kontext des Französischen in den Institutionen und der Frankophonie in Europa gelangt man zu dem Ergebnis, dass die sprachpolitischen Maßnahmen seitens des französischen Staates sowie die der restlichen Akteure dieser Sprachpolitik äußerst genau geplant und durchgeführt werden. Die Stellung des Französischen in den Institutionen der Europäischen Union wird immer mehr durch das Englische bedroht.

Die Europäische Union selber steht dem Dilemma gegenüber, einerseits eine Sprachpolitik der Vielsprachigkeit zu betreiben, und andererseits ist sie vom wirtschaftlichen Blickwinkel aus gesehen eine Institution, deren Arbeitsabläufe, d.h. bürokratische Hierarchien, Funktionen und Systematik, schnell und effizient ablaufen sollen.

Die Reduktion auf das Französische und zunehmend auf das Englische als Arbeitssprachen ist eine logische Konsequenz.

Um das Französische in die EU-Sprachenpolitik einzubetten, ist es nötig, noch einmal über die sprachpolitischen Maßnahmen der französischen Seite zu reflektieren. Wie erwähnt, wird mit zahlreichen politischen Mitteln, wie dem Aktionsplan, und dem Leitfaden für Diplomaten für die Nutzung der Französischen in den europäischen Institutionen, seitens der sprachpolitischer Akteure eingegriffen.

Obwohl auf europäischer Ebene das Interesse besteht, allen Amtssprachen ihr Recht einzuräumen, so sind es doch das Englische und das Französische, die von den Sprachverbreitungsprogrammen am meisten profitieren.

Die aktuellen Zahlen zeigen, dass ein Eingreifen der Akteure der französischen Sprachpolitik von Nöten ist, da das Englische in den letzten Jahren einen Zuwachs als Fremdsprache zugelegt hat (vgl. Eurobarometer 386-Studie).

Um die Frankophonie und das Französische in Europa zu fördern, erscheinen auch die Sprachvereine als Akteure auf der sprachpolitischen Agenda. Der Vorteil der Sprachvereine liegt auf internationaler Ebene, vor allem im Bereich der Frankophonie, da sich die Vereine zumeist mittels Internet immer mehr vernetzen und so effizientere Maßnahmen mit größerer Reichweite setzen können.

Die Geschichte der französischen Sprachpolitik ist eine besondere, da der Einfluss des Staates immer stark präsent war und ist. Die sprachliche Lenkung durch Sprachgesetze und das Agieren auf nationalstaatlicher Ebene, stehen im Gegensatz zur europäischen Sprachenpolitik.

Beim Ausbau des Französischen zur Nationalsprache wollte man eine Zugehörigkeit zu einer Nation erreichen. Eine sprachliche Abgrenzung nach Innen sowie nach Außen definiert eine Nationalsprache und dient dazu, eine kollektive Identität zu schaffen. Das Ziel, das hinter einer Nationalsprache steht, ist ihre möglichst breite Reichweite, und daher eine große Zahl an Menschen zu erreichen.

Auf die Sprachpolitik der Europäische Union umgemünzt, bedeutet dies, dass das Französische als Gründungsmitglied ursprünglich einen Sonderstatus innehatte. Nichts desto trotz ist eine Bedrohung seitens der englischen Sprache gegeben, was beispielsweise die Zahlen in den Berichten an das französische Parlament der DGLFLF erkennen lassen. Frankreich ist eine Großmacht und hat deswegen nationale sowie internationale Verantwortung zu tragen. Für den Schutz seiner Sprache und der Wahrung von Sprachenvielfalt setzt es als Nationalstaat auf europäischer Ebene sprachpolitische Maßnahmen.

Durch die Erweiterung der Europäischen Union, sowie durch das „Zusammenrücken“ von immer mehr europäischer Staaten, ist eine gut geplante Sprachpolitik im Sinne des Sprachpluralismus eine absolute Notwendigkeit.

Um gegen das Englische wirksam vorgehen zu können und somit eine sprachliche und kulturelle Vielfalt in Europa zu garantieren, ist vor allem eine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und anderen Mitgliedsstaaten ein Muss auf dem Plan der Sprachpolitik.

In den vorangegangenen Kapiteln habe ich mich mit Sprachpolitik, Frankophonie, den Akteuren der Sprachpolitik in Bezug auf das Französische und die Institutionen auseinandergesetzt.

Die französische Sprachpolitik auf europäischer Ebene ist eine sehr aktive Politik, die schon vieles bewirkt hat und noch vieles bewirken wird. Dass sie aber tatsächlich gegen den Vormarsch des Englischen standhalten kann, ist unrealistisch. Klar ist jedoch, dass Französisch im Kontext der EU und in den Institutionen seinen festen Stellenwert besitzt und verstärkt für eine europäische Vielsprachigkeit eintritt. Die Auseinandersetzung mit den sprachpolitisch relevanten Dokumenten zur europäischen Mehrsprachigkeit und das Heranziehen der „rapports“ der DGLF im nächsten Teil der Arbeit werden einen neuen Fokus in dieser Thematik entfalten helfen.

10. Drei prominente Dokumente zur europäischen Mehrsprachigkeit

In folgendem Kapitel wird versucht, die wichtigsten Punkte der drei Texte ⁶⁵ zur Mehrsprachigkeit, die von der europäischen Kommission in Auftrag gegeben wurden, in ihren wesentlichen Aussagen zusammenzufassen. Ein zentraler Punkt ist dabei die Frage, wie Frankreich und auch die Europäische Union selbst mit der sprachlichen Vielfalt und der Mehrsprachigkeit umgehen. Um eine Annäherung zu dieser Thematik zu finden, werden die folgenden Texte erläutert:

10.1 Final Report: High Level Group on multilingualism

Die Mehrsprachigkeit existiert seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft: *“Multilingualism has been part of Community policy, legislation and practices from the time of the Treaties of Rome.”*⁶⁶

Mehrere Länder mit unterschiedlichen Kulturen und Sprachen hatten damals beschlossen, sich zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen, um zusammenzuarbeiten und gemeinsame politische, wirtschaftliche und kulturelle Ziele zu verfolgen. Im Final Report wird Mehrsprachigkeit als die Fähigkeit von Gesellschaften, Institutionen, Gruppen und Individuen, die sich mehr als einer Sprache im täglichen Leben bedienen definiert (vgl. Schjerve-Rindler/Vetter 2010:806).

In der Einleitung des Final Report wird die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit dem Thema Mehrsprachigkeit und Sprachenvielfalt betont: *“The very first regulation adopted by the Council of the European Economic Community (15 April 1958) confirmed the equality of the official languages of the Member States and their status as official and working languages of the European institutions. Following the Maastricht Treaty (1992), the promotion of language learning and of individual multilingualism, combined with an emphasis on linguistic diversity, became a corner stone of the EU’s educational policy”* (vgl. Final Report 2007:5).

Das Erlernen von Fremdsprachen steht zudem im Zentrum von Wirtschaftswachstum und sozialem Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union, wie im Vertrag von Lissabon⁶⁷

⁶⁵ COM 2008 Multilinguisme: un atout pour l’Europe et un engagement commun, COM 2008 Un défi salutaire, comment la multiplicité des langues pourrait consolider l’Europe. COM 2007 High Level Group on Multilingualism : Final Report

⁶⁶ Römische Verträge 1957 Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Luxemburg und Italien unterzeichnet.

festgehalten wird. Die Sprachen in der EU sind auch in den diversen Verträgen der Europäischen Union immer von Relevanz gewesen. Die Grundidee der Mehrsprachigkeit, die Wahrung der Vielfalt, sind in verschiedenen Erklärungen und Manifesten, sowie nationalen und internationalen Abkommen zum Ausdruck gebracht worden (vgl. Europäische Charta für Mehrsprachigkeit 2005:2).

Auch laut Schjerve-Rindler/Vetter gilt der Vertrag von Lissabon als eine Art Startschuss für kulturelle Vielfalt: *“actual Lisbon Treaty reaffirms the promotion of cultural and linguistic pluralism and the safeguard of the European cultural heritage. From this it follows that ‘cultural diversity’ has become to be assigned a prominent place in the EU’s architecture”* (Schjerve-Rindler/Vetter 2012:14).

Mehrsprachigkeit betrifft eben alle Ebenen der europäischen Sprachenpolitik: *“It was the decision of President José Manuel Barroso to make “Multilingualism” part of the portfolio of one of the Commission members and to assign him responsibility for multilingualism in education, culture, interpretation, translation, and publications that set the signal for the development of a coherent and comprehensive EU language policy”* (Final Report 2007:5).

Durch die Ausgliederung des Ressorts der Mehrsprachigkeit als politisch eigenständige Domäne im Zuge der EU Erweiterung 2007⁶⁸, wird die zunehmende Bedeutung deutlich: *“The fact that multilingualism has been made an EU policy area in its own right is a clear indication of a heightened awareness on the part of the Commission of the increasing importance of the multilingual challenge for the European project.”*(Final Report 2007:5)

Mehrsprachigkeit ist ein wesentlicher Ausdruck von demokratischer Bürgerschaft und gleichzeitig wünschenswertes und wirkungsvollstes Kommunikationsmittel für den öffentlichen Meinungsaustausch (Europäische Charta für Mehrsprachigkeit 2005:2).

Dies bestätigt sich mit der folgenden Passage, in der noch einmal die Mehrsprachigkeit definiert ist:

„Multilingualism is understood as the ability of societies, institutions, groups and individuals to engage, on a regular basis, with more than one language in their day-to-day lives. In this context, a language is defined neutrally as a variant, which a group ascribes to itself for use

⁶⁷ Der Vertrag von Lissabon mit dem Ziel die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt zu machen: http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_de.htm Stand 11.3.2013

⁶⁸ Das Ressort der Mehrsprachigkeit wurde 2010 wieder in das Bildungsressort rückgegliedert.

as its habitual code of communication. [...] In addition, the term multilingualism is used for referring to the co-existence of different language communities in one geographical or geo-political area or political entity.” (Final Report 2007:6)

In den letzten fünfzehn Jahren, speziell nach der Jahrtausendwende, hat die EU Veränderungen durchgemacht. Die Erweiterung der EU in den Jahren 2004 und 2007 mit einer Verdoppelung der offiziellen Sprachen der Mitgliedsstaaten von 15 auf 27 verändert die Herausforderungen auf sprachpolitischer Ebene. *“All EU member States have practically become multilingual and multicultural societies.”* (Final Report 2007:8)

Stichwörter wie Migration in die Union, zuwachsende Mobilität der EU innerhalb der Mitgliedsstaaten, Veränderung der Jobprofile und die wachsende Mobilität am Arbeitsmarkt nehmen Einfluss auf den Sprachgebrauch in der EU (vgl. Final Report 2007:6).

In dieser Wettbewerbsfähigkeit zieht das Englisch einen Vorteil: *“English has been further gaining ground as a means of non-mediated intra-European and international communication“* (vgl. Final Report 2007:7). Englisch ist die Nummer Eins Fremdsprache in der Schule. *„English keeps on growing its share as the most widely spoken foreign language“* (Eurobarometer 2006:7) Laut der Eurobarometer Studie 2006 ist Englisch in ganz Europa die meistgesprochene Fremdsprache. 38% der EU-Bürger erklären ausreichende Englischkenntnisse zu besitzen (vgl. Eurobarometer 2006:4).⁶⁹ Im Final Report wird Sprache sehr weit gefasst und schließt Regionalsprachen, Dialekte und Zeichensprachen ein. Ein eigenes Kapitel ist den Regional- und Minderheitensprachen gewidmet, die als konstitutives Element der sprachlichen und kulturellen Vielfalt in Europa wie auch als dessen Reichtum betrachtet werden (vgl. Schjerve-Rindler/Vetter 2010:806).

Der Final Report schlägt Strategien um das Lernen von Sprachen zu forcieren und die Motivation zu steigern vor, indem die Menschen in der EU motiviert werden ihre Sprachfähigkeiten zu verbessern und offener gegenüber anderen Kulturen zu werden (Final Report 2007:8). Die geographische Mobilität und Arbeitsmobilität und der Austausch interkulturelle Werte sollen als Ansporn gelten, zusätzlich zur Muttersprache eine weitere oder mehrere Sprache(n) zu erlernen.

Ziel dieser Argumente und Vorschläge soll es sein, einen gemeinsamen Weg zu finden, der die Motivation des Sprachen-Lernens fördert. Geht es nach der High Level Group, so gilt: *„The Commission should take the initiative an consult with Member States and stakeholder groups at all levels about the best ways forward.“* (Final Report, 2007:9) Die oben genannten

⁶⁹ Diese Zahl ist in der Eurobarometer Studie „Die Europäischen Bürger und ihre Sprachen“ 2012:24 mit 38% ident.

Vorschläge sind zwar nicht neu, aber sie sind noch zu wenig im Bewusstsein von Eltern, jungen Menschen, Organisationen und Entscheidungsträgern verankert (vgl. ebd.).

Unterschiedliche Initiativen sollen ergriffen werden, um die vorgeschlagenen Ziele zu erreichen. Das Sprachenerlernen soll beispielsweise durch die Motivationssteigerung durch gut ausgebildetes Lehrpersonal, Freude am Sprachenlernen und Begeisterung auch nach einem abgeschlossenen Bildungsweg, attraktiv gemacht werden (vgl. Final Report, 2007:9f.). Die Verbindung von *Sprachen und Medien* kann einen motivierenden Einfluss auf das Sprachenlernen nehmen: *“The media can motivate people to learn languages in ways that are beyond the methods available to formal education”* (Final Report 2007:12).

Das sogenannte “Edutainment” welches Sprachenlernen mit Unterhaltung verknüpft, könnte laut der High Level Group stark motivierend auf das Sprachenlernen wirken. Als positives Beispiel wird der Bericht für unterhaltsames Lernen des finnischen Senders Finnish TV angeführt (vgl. Final Report 2007:11): In dieser Serie “Una casa in Italia” kombiniert man Reality Fernsehen und Bildung, mit einem integrierten Anfänger-Kurs. Die Idee verbuchte großen Erfolg, da ein Anstieg bei den Anmeldungen zu den Italienisch-Kursen zu beobachten war. Dieses Beispiel zeigt das Potential der Medien, die Menschen zum Sprachen-Lernen zu motivieren, abweichend vom klassisch formalen Bildungsweg (vgl. Final Report 2007:11f.).

Bei den *Sprachen am Arbeitsmarkt* geht es vor allem um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Im Final Report (2007:13ff.) wird die ELAN⁷⁰ Studie (effects on the European Economy of Shortages of Foreign Language Skills in Enterprise) als Beispiel herangezogen. Ziel dieser Studie war es, der Kommission und den Entscheidungsträgern in den Mitgliedstaaten praktische Informationen und Analysen zur Verwendung von Fremdsprachenkenntnissen in KMU (kleinere und mittlere Unternehmen) zu geben.

Es wurde nicht nur untersucht, welche Sprachen gebraucht werden, sondern welche für welche Situation gefragt sind, abhängig von der kommunikativen Situation. In diesen Bereichen können es auch Sprachen sein, die sonst eventuell eher nicht als Standard ausgewählt werden, wie beispielsweise Japanisch. Die europäische Kommission ist gefragt in diesem Bereich Plattformen und Netzwerke zu gründen und sie auf europäischem Level zu verlinken. Wie auch im Bildungsbereich gilt hier: *„Young people have to be prepared for lifelong learning and sustainable employability.”* (Final report 2007:15) Denn Mehrsprachigkeit kann effektiver eingesetzt werden, je früher man damit beginnt.

⁷⁰ ELAN Studie 2006 http://ec.europa.eu/languages/documents/elan_de.pdf Stand 13.3.2013

Im Bereich des *Dolmetschen und Übersetzen* wird von der Kommission kritisiert, dass dieser Bereich flexibler gehandhabt werden muss, ohne jedoch dabei die Qualität zu vernachlässigen. Auch bei der Übersetzung soll die kulturelle Vielfalt gewahrt werden, indem auch “Nicht-europäische” Sprachen wie Arabisch und Chinesisch in der Übersetzung berücksichtigt werden: „*Each language deserves to be seen and treated as a language of culture.*”(Final Report 2007:16)

Die High Level Group on Multilingualism ist sich darüber hinaus einig, dass die Erhaltung und Entwicklung von europäischen Regional- und Minderheitensprachen ein Anliegen der EU Sprachenpolitik sein sollte. Es geht dabei auch um “*the motivation of the members of the communities in question to learn and use these languages.*” (Final Report 2007:18) Als positives Beispiel wird Spanien angeführt, das seinen Regionalsprachen einen offiziellen Status einräumt. Auch die britische Regierung hat mit der europäischen Kommission «*signé un accord sur l'utilisation de la langue galloise [...]. La Commission pourra communiquer avec les citoyens du Pays de Galles dans leur langue au moyen de traductions certifiées.*» (DGLF rapport sur l'emploi de la langue française 2011:131)

Die EU sieht sich mit einer Herausforderung der Mehrsprachigkeit konfrontiert. Die Auswirkungen sind nicht völlig einschätzbar. Aus diesem Grunde gehört dieses Feld der Politik untersucht: „*the Commission had been right in deciding to address the issue of multilingualism in a comprehensive manner.*” (Final Report 2007:22) Besonders die Verantwortlichen, wie Organisationen, soziale Gruppen, etc., die in diesem Arbeitsbereich tätig sind, könnten von einer solchen Untersuchung profitieren (vgl. Final Report 2007:20).

10.2 Eine lohnende Herausforderung. Wie die Mehrsprachigkeit zur Konsolidierung Europas beitragen kann.⁷¹

Dieses Papier wurde von der europäischen Kommission im Jahre 2008 publiziert. Auf Wunsch des damaligen Präsidenten der europäischen Kommission und des damaligen Kommissars für Mehrsprachigkeit Leonard Orban, wurde ein Expertenteam bestehend aus einer Gruppe von im Kulturbereich tätigen Personen mit der Aufgabe betraut, sich mit dem Thema der Mehrsprachigkeit und dem gegenseitigen Verständnis der Bürger auseinanderzusetzen. Im Juni, Oktober und Dezember 2007 traf sich die Gruppe unter dem

⁷¹ COM 2008 Multilinguisme: un atout pour l'Europe et un engagement commun,

Vorsitz des Schriftstellers Amin Maaloouf, der auch für die schriftliche Verfassung des Papiers zuständig war. Der Text spiegelt die Diskussion (der Diskussionsteilnehmer) wider, nach der die Sprachenvielfalt eine der größten Herausforderungen für Europa darstellt (vgl. Maalouf 2008:3).

Um der Sprachenvielfalt effizient begegnen zu können, stellt man sich folgende inhaltliche Fragen:

- *« Comment faire vivre ensemble de manière harmonieuse tant de populations différentes ? » « Comment leur donner le sens d'un destin commun, et d'une appartenance commune ? »*
- *« Faut-il chercher à définir une identité européenne ? Celle-ci pourra-t-elle s'accommoder de toutes nos différences ? »*
- *« Pourra-t-elle intégrer les composantes d'origine non-européenne ? »*
- *« Le respect des différences culturelles est-il compatible avec le respect des valeurs fondamentales ? »* (Maalouf 2008:3)

Die Achtung der Sprachenvielfalt ist das Fundament des europäischen Gedankens. Die Aufgabe der Europäischen Union ist die Wahrung der sprachlichen Vielfalt (vgl. Maalouf 2008:6). Die Erhaltung der Sprachenvielfalt geht auch immer mit dem Gedanken und der Frage nach der eigenen Identität einher. Die europäische Gemeinschaft wird nicht umsonst als eine Gemeinschaft bezeichnet, das Wort an sich spricht für sich. Die Problematik besteht darin, diese einzelnen individuellen Sprachen und Nationen die aufeinandertreffen, zu einer Gemeinschaft zu vereinen und gleichzeitig alle gleichberechtigt zu behandeln.

Die Identität der einzelnen Länder muss durch die Sprachenvielfalt erhalten bleiben. Wichtig ist es, diesen Eindruck von Generation zu Generation weiterzugeben. Auch denjenigen, die sich Europa anschließen, wie Einwanderer, Bürger neuer Mitgliedstaaten und vor allem den jungen Europäern soll dieses Bewusstsein – einer positiven sprachlichen Herausforderung – in sich tragen.

Der europäische Gedanke gründet sich im Papier „Eine lohnende Herausforderung“ auf der allgemeinen Gültigkeit der ethischen Werte und der Vielfalt der kulturellen Ausprägungen.

Die Sprachenvielfalt ist dabei das Werkzeug für Integration und Harmonisierung (vgl. Maalouf 2008:9).

Die Vorschläge der Intellektuellengruppe, diese Ausgangssituation umzusetzen, gestalten sich wie folgt: Sprachenvielfalt soll nachhaltig im Leben der Europäer verankert werden, somit im Leben der Bürger, der Völker und der Institutionen. Die Vorschläge seitens der Gruppe

betreffen zwei große Aspekte: Einerseits die *bilateralen Beziehungen* zwischen den Völkern der europäischen Union. Voraussetzung dafür ist eine Gruppe kompetenter und stark motivierter Sprecher.

Andererseits sollte die Europäische Union den Begriff der *persönlichen Adoptivsprache* vorantreiben: Jeder Europäer soll ermutigt werden, eine besondere Sprache zu wählen. Die Idee dahinter ist es nicht, eine zweite Fremdsprache, sondern vielmehr gewissermaßen eine zweite Muttersprache zu wählen. Dabei sollen die EU-Bürger vor allem dazu motiviert werden, neben dem häufig verwendeten, auch seltene Sprachen als persönliche Adoptivsprache auszuwählen (vgl. Maalouf 2008:11f).

10.2.1 Die erwarteten Ergebnisse

Aus beruflicher Perspektive weist alles darauf hin, dass die englische Sprache in Zukunft immer wichtiger wird, gleichzeitig jedoch auch immer weniger ausreichend (Maalouf 2008:16). Wenn Englisch als persönliche Adoptivsprache ausgewählt wird könnte sich das negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit bei einem Bewerbungsgespräch auswirken, da die Mitbewerber möglicherweise eine interessantere Adoptivsprache sprechen.

Da es der Gruppe um die Wahrung der Vielfalt geht, soll die persönliche gewählte Drittsprache nach freiem Ermessen und aus persönlichen Beweggründen gewählt werden. Diese kann entweder eine Nachbarsprache oder auch eine Minderheiten oder eine auf anderen Kontinenten gesprochene Sprache sein (vgl. Schjerve-Rindler/Vetter 2010:807).

10.2.2 Résumé der Reflexionsgruppe

« Une gestion sage et imaginative de la diversité linguistique peut effectivement favoriser l'intégration européenne, promouvoir l'esprit de citoyenneté et le sentiment d'appartenance à l'Union. » (Maalouf 2008:30)

So ist es ein verständnisvoller Umgang mit der Sprachenvielfalt, welches großen Einfluss auf das Verständnis der Zugehörigkeit der EU-Bürger und die Zugehörigkeit zu Europa vorantreiben kann.

Voraussetzung für die Umsetzung der Ideen und Vorschläge der Gruppe ist natürlich ein entschlossener Einsatz der europäischen Verantwortlichen und damit einhergehend der zuständigen Institutionen und Vereine in den jeweiligen Nationen.

10.3 Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung- Multilinguisme: un atout pour l'Europe et un engagement commun⁷²

Ziel ist es in der Ausführung dieses Papiers «à sensibiliser l'opinion publique à la valeur et aux avantages de la diversité linguistique de l'UE et à promouvoir la suppression des obstacles au dialogue interculturel» (KOM 556 2008:5).

Die Kommission präsentiert ihre Mehrsprachigkeitsstrategie als unterstützte und umfassende Politik, die über den Bildungssektor hinausreicht. Die Sprachen werden in den größeren Kontext der EU-Agenda für sozialen Zusammenhalt und Wohlstand eingefügt.⁷³

Auch in diesem Papier geht es um die Sensibilisierung der Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union und das Bewusstmachen, welche Bedeutung auch für den Einzelnen hinter einem mehrsprachigen Europa stehen kann. Die Ziele dieser Politik sind, das Bewusstsein für den Wert der Sprachenvielfalt in der EU zu schärfen und den interkulturellen Dialog zu fördern, sowie Muttersprache + 2 durchzusetzen (vgl. Schjerver-Rindler/Vetter 2010:807).

Ein zentrales Instrument in dieser Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament ist das Barcelona-Ziel (vgl. KOM 556 2008:4) „*communication dans la langue maternelle, plus deux autres langues*“.

Die Kommunikation in der Muttersprache plus zwei weitere Sprachen soll durch strategische Aktionen und Empfehlungen und durch Aufnahme der Fremdsprachenkenntnisse in die Kompetenzen für Lebenslanges Lernen aufgenommen werden⁷⁴ (KOM 556:4).

Dies ist vor allem für den Bereich der Bildungspolitik von Relevanz. Die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels müssen aber aufgrund des Subsidiaritätsprinzips von den Mitgliedsstaaten selbst getroffen werden (vgl. Riepenhusen 2011:5). Dies bedeutet, dass Beschlüsse innerhalb der Gemeinschaft möglichst bürgernah getroffen werden sollen.⁷⁵

⁷² Kommission der Europäischen Gemeinschaften Brüssel 18.9.2008

⁷³ KOM (2008) 556 Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung.

⁷⁴ KOM (2003) 449 Förderung der Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt: Aktionsplan 2004-2006

⁷⁵ http://www.europarl.europa.eu/factsheets/1_2_2_de.htm „Das Subsidiaritätsprinzip“

Es stellt sich ganz allgemein die Frage: Was kann Mehrsprachigkeit bewirken? Die Kommission meint dazu in ihrem Papier, dass sie die Lebenschancen der Bürger vergrößern kann, indem sie ihre Beschäftigungsfähigkeit steigert, den Zugang zu Dienstleistungen und das Geltend machen von Rechten erleichtert (vgl. KOM 556 2008:3).

Sprachen sind somit unter anderem das Merkmal der persönlichen Identität, aber auch Teil des gemeinsamen kulturellen Erbes (vgl. KOM 556 2008:3). Zentrale Grundätze für die Sozialagenda der Kommission sind Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität.

In Relevanz zum Thema der Mehrsprachigkeit bedeutet dies, dass jeder Bürger und jede Bürgerin seine Chance nutzen können sollte entsprechend zu kommunizieren und die Möglichkeiten, welches ein innovatives Europa bietet optimal zu nützen: *„chacun devrait avoir la possibilité de communiquer de manière appropriée pour pouvoir donner la pleine mesure de ses capacités et tirer le meilleur parti possible des opportunités offertes par une Union européenne moderne et innovante.“* (COM 2008:3)

In der Mitteilung „Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit“ schreibt die Kommission 2005⁷⁶ im Zusammenhang mit dem Begriff der Mehrsprachigkeit: *„Unter Mehrsprachigkeit versteht man sowohl die Fähigkeit einer Person, mehrere Sprachen zu benutzen, als auch die Koexistenz verschiedener Sprachgemeinschaften in einem geografischen Raum.“*⁷⁷

Weiter verfolgt die Politik der Kommission im Bereich der Mehrsprachigkeit folgende drei Ziele:⁷⁸

- Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt in der Gesellschaft;
- Förderung einer gesunden, multilingualen Wirtschaft;
- Zugang der Bürger/innen zu den Rechtsvorschriften, Verfahren und Informationen der Europäischen Union in ihrer eigenen Sprache.

Bezogen auf die Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union und das Einbetten in den Rahmen der Sprachpolitik, liegt die Entscheidungsbefugnis in erste Linie bei den Mitgliedstaaten, auch was beispielsweise die Handhabung mit den Regional- und Minderheitensprachen angeht.

Viele Organisationen treffen Entscheidungen in Sprachenfragen vor Ort: Bildungsträger, Regional und Kommunalbehörden, Sozialpartner, Medien und Dienstleister. Die Kommission

⁷⁶ KOM (2005) 596 Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit

⁷⁷ Vgl. ebd.

⁷⁸ KOM (2005) 596 Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit

kooperiert wie bereits erwähnt, mit den Mitgliedsstaaten und beteiligten Akteuren im Sinne des Subsidiaritätsprinzips (Unterordnung im Wohle der Gemeinschaft). Aufgabe dahinter ist die Sicherstellung, dass ein Ziel gemeinsam verfolgt wird. (vgl. KOM 2005/596:4f)

In diesem Kontext arbeitet die Kommission seit 2002 gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten auf das Barcelona-Ziel hin, dass die Bürger neben der Muttersprache in zwei weiteren Sprachen miteinander kommunizieren können. (vgl. KOM 2008:4)

Abschließend fasst die Kommission zusammen, dass ein weiser und phantasievoller Umgang mit der Sprachenvielfalt die europäische Integration, auch bis über die europäischen Grenzen hinaus, tatsächlich fördern kann: *«La diversité linguistique peut effectivement favoriser l'intégration européenne, promouvoir l'esprit de citoyenneté et le sentiment d'appartenance à l'Union »* (KOM 2008:30).

Um einen besseren Überblick über den Text der „Mehrsprachigkeit Trumpfkarte Europas“ geben zu können, versuche ich noch einmal zusammenfassend die Punkte wiederzugeben, die von der Europäischen Kommission von den Mitgliedstaaten gefordert werden, um gemeinsam an einem mehrsprachigen Europa zu arbeiten.

10.3.1 Wichtige Eckpunkte zur Verbesserung der Mehrsprachigkeit

Die wichtigsten Punkte sind also noch einmal zusammengefasst: Die Überwindung von Sprachbarrieren im lokalen Umfeld, die Sprachen und Beschäftigungsfähigkeit, lebenslanges Lernen, Medien und neue Technologien sowie die externe Dimension von der Mehrsprachigkeit. Dies sind die Kernpunkte dieses Papiers und sogleich die relevante Herausforderung, an eine gemeinsamen multilinguale Sprachpolitik im Sinne einer einheitlichen Europäischen Union zu arbeiten. Auch dieses Dokument betont wie die anderen beiden die Gleichheit und den Wert aller Sprachen Europas für den interkulturellen Dialog und sozialen Zusammenhalt. Es unterstreicht den Mehrwert von Fremdsprachenkenntnissen im ökonomischen Kontext, setzt auf Motivation der Menschen mit dem Konzept „lebenslanges Sprachenlernen“ und regt eine Modernisierung des Sprachenunterrichts an (vgl. Nißl 2011:148f).

Die Medien und neue Technologien können eine bedeutende Quelle informellen Sprachenlernens durch den Begriff „*Edutainment*“ und Filme mit Untertiteln sein (KOM

2008:13). Neue Lernmethoden sollen damit auf die sich wandelnden Bedürfnisse reagieren (vgl. Nißl 2011:149).

Im Zuge der Globalisierung ist Mehrsprachigkeitspolitik zu einem Thema geworden, das nicht mehr nur die Europäische Union betrifft. Die europäische Politik wird sich zukünftig mit der Förderung von Weltsprachen wie Arabisch, Chinesisch oder Russisch in Europa auseinandersetzen müssen (vgl. Nißl 2011:149).

Die Verantwortung liegt vorrangig bei den Akteuren von Sprachpolitik im öffentlichen wie im privaten Sektor. Nur so kann der Gedanke der Mehrsprachigkeit vom europäischen Bürger aufgenommen werden, der das Bewusstsein Teil einer Gemeinschaft zu sein, stärkt (vgl. Europäische Charta für Mehrsprachigkeit 2005:5). Die Auseinandersetzung mit den in diesem Kapitel drei angeführten Papieren zur Mehrsprachigkeit zeigt die Komplexität der Thematik in der europäischen Sprachenfrage. Diesen Gedankengang findet man auch bei Schjerve/Vetter (2012:5) wieder: *“More recent influential documents on multilingualism, indicate that there is as yet no clear-cut political strategy in place to cope with linguistic diversity in the EU.”*

Das Untersuchungsfeld sprachlicher Vielfalt und der Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union ist ein äußerst komplexes, welches viele Ideen und Vorschläge beinhaltet. Dies zeigen die Papiere zur Mehrsprachigkeit der Europäischen Kommission. Das Thema der Sprachenvielfalt in der Europäischen Union, ist bei weitem noch nicht erschöpft. Bezogen auf mein Thema „Französisch und die europäische Mehrsprachigkeit“ liegt die französische Sprachpolitik und ihre Akteure im Interesse meiner Untersuchung.

Zusammenfassend sind folgende Themen der drei Papiere in der europäischen Mehrsprachigkeit hervorzuheben: Der Fremdsprachenerwerb, die institutionelle Mehrsprachigkeit in den europäischen Institutionen und der Umgang mit den Minderheiten in einem vielsprachigen Europa.

11. Die französische Mehrsprachigkeitspolitik

In folgenden Kapitel werden die *rapports au Parlement sur l'emploi de la langue française* der DGLFLF aus den Jahren 2008-2012 untersucht. Die Berichte der “Délégation générale à la langue française et aux langues de France“ bilden die entsprechende Datengrundlage um abzuklären wie Frankreich mit dem Prinzip der sprachlichen Vielfalt bzw. Mehrsprachigkeit

umgeht und inwieweit die Mehrsprachigkeit von den französischen Akteuren unterstützt wird. Die DGLFLF untersteht wie bereits erwähnt dem Ministerium für Kultur und Kommunikation. Ihre Aufgabe steht in der Überprüfung der Verwendung und Verbreitung der Französischen Sprache, sowie in der Verbreitung der sprachlichen Vielfalt. Zudem agiert sie innerhalb der europäischen Frankophonie, und überwacht mittels der „rapports“ den Gebrauch der französischen Sprache, um dies in Form eines jährlichen Berichts an das französische Parlament, zu übermitteln. Um zu überprüfen, was die französische Mehrsprachigkeitspolitik in Europa hinsichtlich einer Förderung im Sinne der europäischen Mehrsprachigkeit unternimmt, wird der institutionelle Gebrauch der französischen Sprache in der EU, der Bereich der Bildung mit dem Fokus auf den Fremdsprachenerwerb und Sprachminderheiten überprüft.

11.1 Institutionelle Mehrsprachigkeit

Als Einstieg der Untersuchung bezüglich der institutionellen Mehrsprachigkeit habe ich mich für eine Grafik (vgl. rapport 2010) entschieden, um noch einmal die sprachliche Situation in den europäischen Institutionen, allen voran die Kommission, darzustellen. Die Grafik zeigt den deutlichen Rückgang der französischen Sprache in der schriftlichen Form, d.h. in den Dokumenten der europäischen Kommission und des europäischen Rates. Das Englische steigt zwischen 1996 und 2007 von 45,7 Prozent auf 73,5 Prozent an und erzielt einen Anstieg von einem Drittel, wobei das Französische einen Rückgang um mehr als die Hälfte zu verbuchen hat. Ein Rückgang von 1996 mit 38 Prozent auf 2007 mit 12,3 Prozent. Im europäischen Rat sieht die Situation fast ähnlich aus: Vor allem in den Perioden 2008 und 2005, als Frankreich und Luxemburg den Vorsitz hatten, ist ein leichter Anstieg bei den auf Französisch redigierten Dokumenten zu finden. Aber auch hier findet man einen starken Rückgang um die Hälfte von 14 auf 5,4 Prozentpunkte. Hingegen beim Englischen ein kleiner Anstieg um zwei Prozent. Allerdings kann man aus dieser Grafik auch herauslesen, dass im zweiten Halbjahr 2008 ein Rückgang von über 10 Prozent festzustellen ist. In diesem Jahr haben die Akteure, wie später noch in diesem Kapitel erwähnt, der französischen Sprachpolitik vermehrt an der Stützung und dem Ausbau des Französischen in den Institutionen mit erhöhtem Budget (plan d'action) gearbeitet.

Bezogen auf das Ziel dieser Arbeit, will ich herausfinden, mit welchen sprachpolitischen Maßnahmen die Akteure der Sprachpolitik in den Institutionen der EU bzw. wie die französische Sprachpolitik in die Sprachpraxis der EU eingreift, um den privilegierten Status

des Französischen im Kontext der europäischen Sprachenvielfalt aufrecht zu erhalten und darüber hinaus zu verbessern.

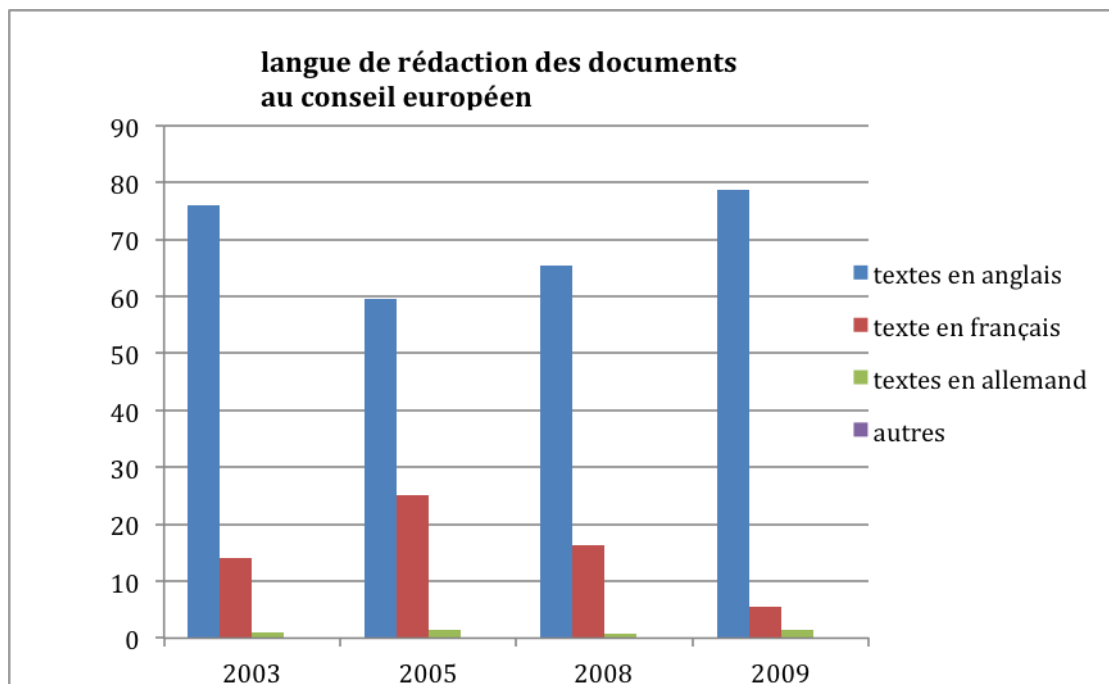


Abbildung 4 langues de rédaction d'origine des documents, Conseil (rapport 2010:100)

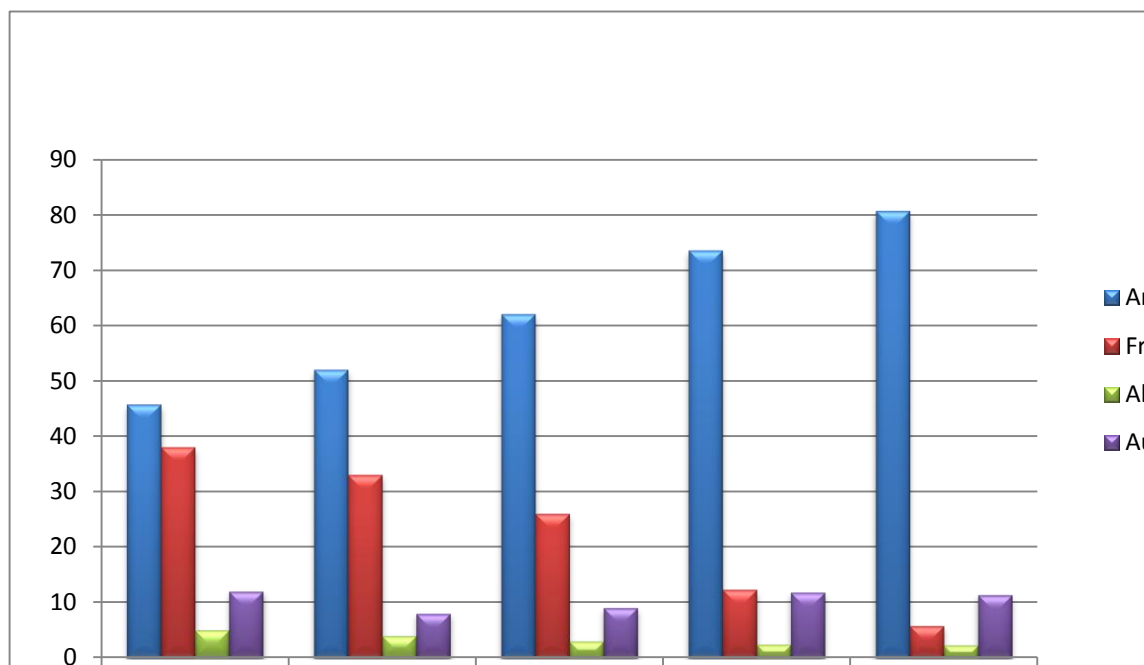


Abbildung 5 Langue de rédaction des documents à la Commission (rapport 2012:100)

«Les élargissements et le passage consécutif de 11 à 23 langues officielles et de travail ont été suivis d'une accélération du recours à l'anglais, d'un recul du français et de l'allemand et

n'ont pas entraîné d'accroissement notable pour les autres langues. Ces statistiques ne portent que sur les documents transmis à la direction générale de la traduction.»⁷⁹

Man sieht anhand der Grafiken deutlich die Dominanz des Englischen im schriftlichen Bereich, sowie den Rückgang des Französisch und Deutsch in diesen Arbeitsbereichen der EU. Die schriftlichen Dokumente im europäischen Rat und in der europäischen Kommission werden jährlich in den „rapports“ überprüft.

Das europäische Parlament⁸⁰ ist die europäische Institution, die den meisten Platz für die Mehrsprachigkeit (article 318) einräumt: *«tous les documents du Parlement sont rédigés dans les langues officielles »* et *« tous les députés ont le droit, au Parlement, de s'exprimer dans la langue officielle de leur choix»*. Das Parlament ist der wichtigste Arbeitgeber von Dolmetscher und Übersetzern, welche ein Drittel seines gesamten Personals ausmachen (vgl. rapport 2008:92). Dies spiegelt sich in folgender Grafik wider, in der in den letzten fünf Jahren ein Rückgang des Französischen festzustellen ist, und ein leichter Anstieg bei den „anderen“ Sprachen.

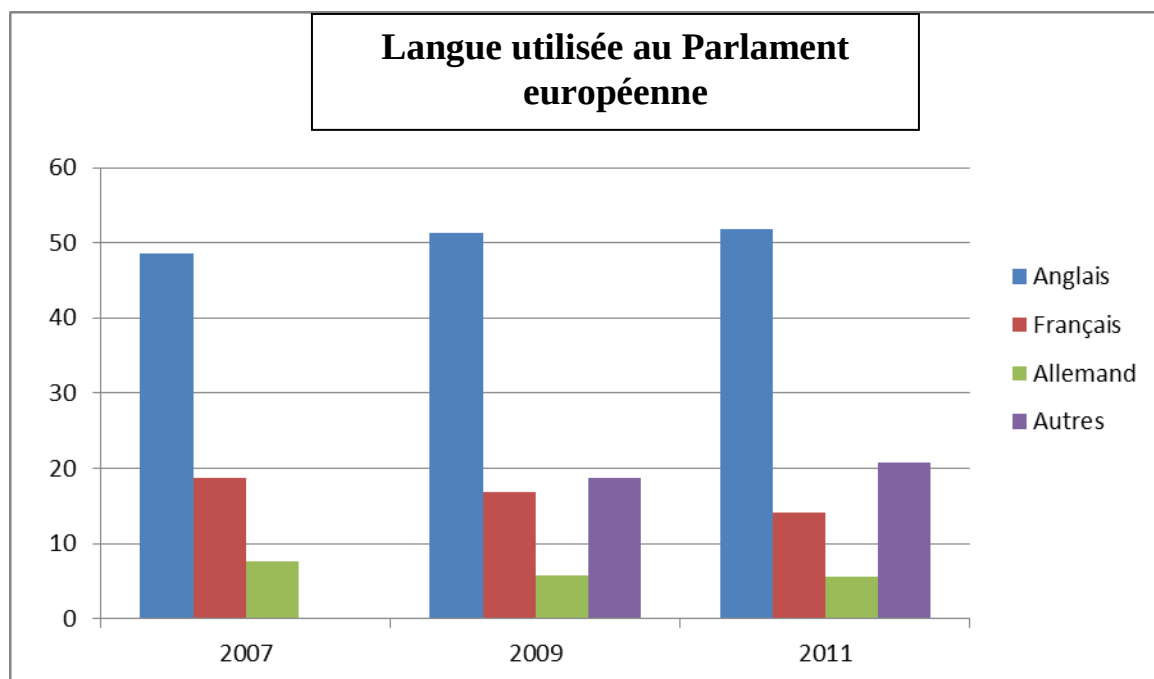


Abbildung 6 Langue utilisée au Parlement européenne (rapport 2011:102)

⁷⁹ Rapport au Parlement sur l'emploi de la langue française 2008, p.91 DGLFLF

⁸⁰ Cf. p. 92f.

Als Frankreich 2008 den Vorsitz im Ministerrat innehatte, führt es als einziges Land die Internetseite der Institutionen in sechs Sprachen im Gegensatz zu den anderen vorsitzenden Ländern, die durchschnittlich in drei Sprachen übersetzten. *«Elle a réalisé et mis à jour quotidiennement un site de l'internet institutionnel en six langues.»* (ebd. 112)

	Présidences	Langues disponibles sur le site de l'internet
2007	Allemagne Portugal	3 langues : DE, EN, FR 3 langues : EN, FR, PT
2008	Slovénie France	3 langues : EN, FR, SL 6 langues : DE, EN, ES, FR, IT, PL pour l'actualité ¹³
2009	République tchèque Suède	3 langues : CZ, EN, FR 3 langues : EN, FR, SE

Abbildung 4 5 Sur les sites de l'internet des institutions (aus : rapport09 :112)

Am *europäischen Gerichtshof* ist das Französische die Sprache der Urteilsbildung und deshalb in Gebrauch. In allen Institutionen mit dem Standort Brüssel und Luxembourg, bleibt der Gebrauch des Französischen aufrecht, auch wenn die Funktionäre oft dazu neigen in das Englische zu wechseln (vgl. rapport 2008:92). Im schriftlichen Gebrauch setzt sich allerdings das Englische immer mehr durch.

Die *Internetseiten* der Europäischen Institutionen werden in den rapports ebenso überwacht. Auf den Seiten der Kommission, des Rates, des Parlaments, des Gerichtshofes und der Agenturen wird das Französische laut den rapports immer berücksichtigt. Einzige Ausnahme sind die Seiten der Agenturen⁸¹. Die französischen Seiten sind weniger zahlreich und weniger vollständig als die englischen Versionen (vgl. rapport 2008:93).

Im rapport 2008 wird überdies hingewiesen, dass die europäische Kommission in den Jahren 2007 und 2008 zwei große Arbeitsgruppen einberufen hat um die Sprachen in der Europäischen Union hinsichtlich der Mitgliedsstaaten, den Institutionen und den Bürgern zu fördern. Das Ziel ist die Kommunikation der EU-Bürger in zwei weiteren Fremdsprachen, neben der Muttersprache. Obwohl im rapport (2008:95) nicht explizit definiert wird, um welche Arbeitsgruppen es sich handelt, ist klar, dass es sich dabei um den „Final Report - High Level Group on Multilingualism“ handelt (vgl. rapport 2008:95). Der damalige

⁸¹ Es gibt mehr als 30 Agenturen in verschiedenen EU-Ländern, die bei der Umsetzung der EU-Politik eine wichtige Rolle spielen. vgl. http://europa.eu/agencies/index_de.htm Stand 10.3.2013

Kommissar für Mehrsprachigkeit L. Orban, hatte folgende favorisierende Maßnahmen für eine neue Strategie der Mehrsprachigkeit vorgestellt:

- Den interkulturellen Dialog und den sozialen Zusammenhalt mit Hilfe der Entwicklung von neuen Technologien und der Verwendung von Untertiteln in audiovisuellen Werken.
- Den wirtschaftlichen Wettbewerb (Verbesserung der Mobilität von Studenten, Lehrlingen, Arbeitern und Jungunternehmer)
- Lebenslanges Lernen von Sprachen

Ein weiterer Teilabschnitt des Vorschlages betrifft die Entwicklung des Sprachunterrichts von nicht-europäischen Sprachen und die Förderung von europäischen Sprachen außerhalb der Europäischen Union (vgl. rapport 2008:95).

Im Kapitel der spezifischen Aktionen Frankreichs meint die DGLFLF im Hinblick auf die Förderung des Plurilingualismus, dass *«La France mène une politique active visant à promouvoir la diversité linguistique au sein de l'Union européenne et à préserver la place du français.»* (vgl. rapport 2008:95)

Die spezifischen Aktionen seitens Frankreichs sind auf unterschiedlichste Weise in den „rapports“ angeführt. Frankreich hat die Mehrsprachigkeit verteidigt, im Rahmen der genannten Vorschläge verändert: Bevor ein Beamter befördert werden kann, muss er neben der Muttersprache und der ersten Fremdsprache eine dritte Fremdsprache beherrschen. *«La France a ainsi défendu le plurilinguisme dans le cadre de la réforme de la fonction publique communautaire.»* (ebd. 2008:95)

Weiters ist man der Meinung, dass die Bewahrung der Vielfalt vorrangig in Alltagssituationen behandelt werden kann. Zu dieser Thematik gibt es, den schon bereits erläuterten, Leitfaden *„le français dans les institutions européennes“*, der die frankophonen Beamten an den Umgang mit ihrer Sprache in unterschiedlichen Kommunikationssituationen erinnert: *«Un memento sur „le français dans les institutions européennes“, rappelle les règles qui garantissent aux fonctionnaires francophones l'usage de notre langue, dans différentes situations de communication.»* (rapport 2008:95f)

Zusätzlich gibt es in Brüssel den « Service des affaires francophones », das « Secrétariat général aux affaires européennes » und die « Délégation générale à la langue français et aux langues de France » um das Vade-mecum zu forcieren (vgl. rapport 2008 :95).

Frankreich finanziert zudem zahlreiche Ausbildungsformen: Französisch-Sprachkurse werden den Funktionären und den Kommissaren, Botschaftern der europäischen Länder, Generaldirektoren, Kabinettsmitglieder und Journalisten angeboten. Die Wachsamkeit über die Präsenz von französischen Staatsangehörigen, Funktionären oder Experten in der Gesamtheit der Institutionen leistet den Beitrag zur Beibehaltung der Stellung und der Stabilität des Status des Französischen: *«Dans ce cadre, le développement de la politique de placement des Français constitue également un enjeu important du point de vue linguistique.»* (rapport 2008:96)

11.1.1 Engagement in der Frankophonie: Umsetzung „plan d'action“

Ein weiterer wichtiger Eckpfeiler seitens französischer Sprachpolitik auf Ebene der Europäischen Union ist die Umsetzung des Aktionsplans der Frankophonie mit dem Ziel das Französische in den Institutionen zu stärken. Dieser Plan wurde bereits an vorangegangener Stelle in dieser Arbeit erklärt.⁸² Von 2007 bis 2008 hat die OIF (Organisation internationale de la Francophonie) verstärkt die Verhandlungen auf Französisch und vor allem der Funktionäre und Diplomaten in Brüssel forciert, in Zusammenarbeit mit den diplomatischen Institutionen des Außenministeriums, und der „hautes écoles études européennes (vgl. rapport 2008:96).

«La France, durant sa présidence, sera particulièrement attentive à l'utilisation du français comme langue officielle et langue de travail de l'Union [...]» (ebd.)

2008 werden im Zuge des Aktionsplanes ausnahmsweise drei Millionen Euro für die Förderung des Französischen in den europäischen Institutionen zur Verfügung gestellt.

Im Zuge des Vorsitzes von Frankreich 2008 im EU-Ministerrat behandelt man die Thematik der Mehrsprachigkeit mit noch mehr Engagement. Zusätzlich werden im Jahr 2008 in Paris die „Langues en fête“ mit dem Ziel veranstaltet: *«sensibiliser le public aux enjeux de la diversité linguistique de l'Europe.»* (vgl. rapport 2008:98) Die ausländischen Kulturinstitute in Paris bieten den Besuchern an, sich kostenlos mit einer der über 50 Sprachen vertraut zu machen.

⁸² Vgl. Kapitel 7.1

11.2 Die geltende Gesetzgebung (Loi Toubon) in Frankreich am positiven Beispiel des öffentlichen Transports

Es wurde schon mehrmals in dieser Arbeit erwähnt, dass das Gesetz „Loi Toubon“ von 1994 eine tragende Rolle in der französischen Sprachpolitik spielt. Auch in den rapports der DGLFLF wird das Gesetz immer wieder in unterschiedlichen Zusammenhängen erwähnt, da die DGLFLF auch für die Überwachung dieses Gesetzes verantwortlich ist.⁸³ Bezüglich der Regelung der öffentlichen Ämter zur Verwendung von Hinweisschildern, Veröffentlichungen, Kundgebungen im öffentlichen Raum lautet der entsprechende Gesetzestext: *«Toute inscription ou annonce apposée ou faite sur la voie publique, dans un lieu ouvert au public ou dans un moyen de transport en commun et destinée à l'information du public doit être formulée en langue française»*⁸⁴

Als positives Beispiel im Sinne einer Unterstützung der Mehrsprachigkeit wird im rapport 2009 folgendes Beispiel des öffentlichen Transports der „Régie autonome des transports Parisiens“ (RATP) angeführt: *«La RATP a poursuivi ses efforts en matière de plurilinguisme.»* (vgl. rapport 2009:20) Das Englische: *«reste toujours la plus usitée dans le milieu des voyages internationaux [...]»* (ebd.) Die RATP möchte aber nicht nur Englisch als einzige Fremdsprache anführen, sondern die Transportverwaltung von Paris übersetzt ihre Beschilderungen neben dem Französischen und Englischen auch in eine der drei Sprachen: Deutsch, Spanisch oder Italienisch (vgl. rapport 2009:20).

11.3 Fremdsprachenerwerb

11.3.1 Mehrsprachigkeit und Bildung in Frankreich- schulischer Fremdsprachenerwerb

Ein weiterer wichtiger Eckpunkt des rapport 2008 betrifft das Schulsystem in Frankreich. Es wird versucht Fremdsprachenkenntnisse in das Schulsystem zu integrieren und somit die Mehrsprachigkeit im Schulsystem zu verbessern. Das Ziel lautet auf die breite Fächerung der lebenden Fremdsprachen zu achten, um somit eine möglichst große Palette an sprachlicher und kultureller Vielfalt zu wahren (vgl. rapport 2008:84).

⁸³ Vgl. Kapitel 2.2 in dieser Arbeit

⁸⁴ Loi n° 94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française Article3

Das Schulsystem will in erster Linie, dass die Schüler Französisch - „die Sprache der Republik“ - beherrschen, und gleichzeitig *«assurer une formation au plurilinguisme, tant interne (langues de France) qu’externe (langues vivantes étrangères).»* (vgl. rapport 2008:84) Das will Frankreich erreichen, indem es zwei lebendige Sprachen (Fremdsprache oder Regionalsprache) in die Schulbildung miteinbindet (ebd. 84). Im Sinne der Mehrsprachigkeit wird der Sprachenunterricht in Frankreich immer wieder angepasst, wie auch folgendes Beispiel zeigt: „La réforme du lycée“, umgesetzt 2010 et 2012, zielt auf Folgendes ab : *« renforcer l’apprentissage des langues étrangères dans toutes les classes du lycée pour qu’au terme de la scolarité, chaque lycéen maîtrise au moins deux langues vivantes. »*⁸⁵ Der Beitrag des Schulsystems für die Bewahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt wird durch folgende Aussage noch einmal bestätigt: *«La diversification des langues vivantes dès l’école témoigne d’un double souci de préserver la richesse linguistique et culturelle de l’Europe et du monde et de former les enfants à une véritable citoyenneté européenne.»* (vgl. rapport 2008:84)

11.3.2 Der bilinguale Unterricht

Das französische Schulsystem beinhaltet ein Modell des bilingualen Unterrichts, welches aus folgenden drei Teilen besteht: *«l’enseignement des langues régionales, les sections internationales, les sections européennes ou de langues orientales.»* (vgl. rapport 2008:85) Der zweisprachige Teilbereich Französische Regionalsprachen beherbergt im Lehrgang ungefähr 20 000 Schüler. Die internationale Sektion orientiert sich an Kindern von internationalen Beamten, die sich in Frankreich aufhalten. Sie unterrichtet französische und fremdsprachige Kinder. Die Lehrerschaft bildet sich ebenfalls aus französischen und fremdsprachigen Lehrern. Zu Schulbeginn im Jahr 2005 schulten 152 Sektionen knapp 12000 Schüler in der Abschlussprüfung des Collège in Deutsch, Englisch, Arabisch, Dänisch, Spanisch, Italienisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Schwedisch und Japanisch ein. Die europäische Sektion bzw. die der orientalischen Sprachen hat die Aufgabe, ebenfalls am Collège einen offenen Unterricht über andere Länder anzubieten, inklusive einer verstärkten Ausbildung in der jeweiligen Sprache. Diese Sektionen existieren für die Sprachen Deutsch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch, Russisch, Arabisch, Japanisch und Chinesisch. Mitmachen kann jeder Schüler, der motiviert ist, eine Fremdsprache zu erlernen (vgl. rapport 2008:85).

⁸⁵ <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangete-de-la-france/promotion-de-la-francophonie-et-de-la-promotion-du-multilinguisme/article/le-multilinguisme-en-france>

Bestimmte Gymnasien bieten in Frankreich eine zweisprachige Matura „franco-allemand“ an. Diese Regelung stammt noch aus dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, dem sogenannten Élysée- Vertrag⁸⁶ von 1963 (vgl. rapport 2008:85).

11.3.3 Das französische Schulsystem in Europa

« L’enseignement bilingue francophone » zeigt ein schnelles Wachstum in der Europäischen Union und der gesamten Welt. 2.172.000 Schüler in 52 verschiedenen Ländern werden „bilingue francophone“ unterrichtet. In Europa wird diese Form des Unterrichts in den Schulen, aber auch in Berufsausbildungen, angeboten. Zusätzlich hat man die Möglichkeit, sich Qualifikationen in Form von offiziell anerkannten Zertifikaten anzueignen (z.B. Diplôme d’études en langue française – kurz: DELF).

Die bilinguale Abteilung gilt als Schmiede für hervorragende Französischsprecher. Unterstützt wird der bilinguale Unterricht von „ministère des Affaires étrangères et européennes“ kurz (MAEE). Das Netz dieser Zusammenarbeit arbeitet für die Verbreitung des Französischen und stellt ein Gerüst für die hochwertige Sprachenverbreitung dar:

«Face à la généralisation de l’anglais comme première langue vivante et à la montée d’autres langues concurrentes, les sections bilingues francophones sont le socle solide de la diffusion de notre langue et de la formation d’excellents francophones.» (vgl. rapport 2009:160)

In Deutschland werden 16.500 Schüler zweisprachig mit Französisch ausgebildet und in Bulgarien 9.500 Schüler. Dieser zweisprachige Unterricht ist wichtig für die DGLF.

Die „Agence pour l’enseignement français à l’étranger“ (AEFE) zählt 246 Einrichtungen weltweit, in denen Französisch an 90.000 ausländische Schüler vermittelt wird (vgl. rapport 2009:160).

Weiters waren in den Jahren 2007 bis 2008 in den „centres culturels français“ und „alliances françaises“ in den Ländern der Europäischen Union knapp 132.000 Bürger in Französisch-Kurse inskribiert (vgl. rapport 2009:161).

⁸⁶ <http://www.ambafrance-at.org/50-Jahre-Elysee-Vertrag,5906> Stand 13.3.2013

11.4 Minderheiten bzw. Regionalsprachen

11.4.1 Medien und Vielsprachigkeit

Durch die Abänderung der „constitution“ im Juni 2008, nach der „les langues régionales“ zum «patrimoine de la France», gehören, zeigt sich ein gesteigertes Interesse an der Vielzahl der Sprachen. Der staatliche Fernsehsender France Télévision *„vielle à ce que, parmi les services qu'elle édite, ceux qui proposent des programmes régionaux et locaux contribuent à l'expression des principales langues régionales parlées sur le territoire métropolitain et en outre-mer »* (vgl. rapport 2009 :96). Der TV-Sender RFO (Réseau Outre-mer 1ère) strahlt Programme aus, die zum besseren Verständnis von Ausdrücken der Regionalsprachen dienen sollen. RFO verfolgt seine Politik hingehend einer Öffnung in Richtung der „langues régionales“ (vgl. rapport 2009:97). Dasselbe gilt für Radiostationen:

«Les langues régionales sont présentes sur plusieurs antennes locales du Réseau France Bleu, avec un volume horaire et un mode d'expression variable selon les stations» (vgl. rapport 2010:39). Es ist ebenfalls ein Anstieg der Untertitel (Sous-titrage) im Fernsehen zu beobachten. Diese Programme sind zwar vorrangig für hörbehinderte Menschen gedacht, jedoch können auch Menschen mit mangelnden Sprachkenntnissen davon profitieren (vgl. rapport 2010:40).

Die Regionalsprachen sind auf mehreren lokalen Radiosendern vertreten, mit einer gewissen Sendezeit und variabel nach Sprache, abhängig von den jeweiligen Radiostationen. Folgende Sprachen werden ausgestrahlt: *„alsacien., basque, catalan, ch'ti, corse, occitan, picard“* (vgl. rapport 2010:39).

In Frankreich, ist der Unterricht mit zwei lebendigen Sprachen (langue étrangère ou langue régionale) das übliche Curriculum im collège oder im lycée. *«La diversification des langues vivantes dès l'école témoigne d'un double souci de préserver la richesse linguistique et culturelle de l'Europe et du monde et de former les enfants à une véritable citoyenneté européenne.»* (vgl. rapport 2008 :84)

Einen interessanten Ansatz in Bezug auf die Regionalsprachen findet man letztendlich im Vorwort des rapports aus dem Jahre 2012, indem der französische Premierminister Jean-Marc Ayrault zur „diversité des langues“ Stellung nimmt:

«Je sais aussi que notre pays est riche de la diversité de ses langues. Si l'histoire rattache les langues régionales à certains territoires, elles font partie du patrimoine indivis de la Nation tout entière. Qu'elles puissent bénéficier d'une juste reconnaissance et surtout, jouer un rôle accru dans notre société sera un autre chantier prioritaire que le Gouvernement conduira

dans un dialogue étroit avec les élus. La France mettra en œuvre le processus de ratification de la Charte européenne des langues régionales ou minoritaires, conformément à l'engagement du Président de la République.» (vgl. rapport 2012 :11)

Es bleibt abzuwarten, ob der Minister die Ankündigung, den Prozess um die Ratifizierung der Charta der Regional- und Minderheitensprachen in Gang zu bringen, mit Seriosität verfolgt. Im Sinne einer ernstzunehmenden Mehrsprachigkeitspolitik von Seiten Frankreichs ist dies jedenfalls wünschenswert.

11.5 Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse

Die institutionelle Mehrsprachigkeit wird von den Institutionen gepflegt und von Frankreichs Akteuren unterstützt. Die Untersuchung der diversen „*rapports au Parlement sur l'emploi de la langue française*“ belegen dies ganz klar. Die Akteure der französischen Sprachpolitik arbeiten in den unterschiedlichsten Bereichen daran, das Französische im Sinne einer Mehrsprachigkeit in Europa, bzw. in der Europäischen Union zu unterstützen. Jedoch kommt auch klar bei der Untersuchung der rapports heraus, dass vor allem der Fokus auf der eigenen Sprache- dem Französischen- liegt.

Zu den Punkten institutionelle Mehrsprachigkeit und Fremdsprachenerwerb, die in den drei Papieren zur Mehrsprachigkeit der europäischen Kommission in den Vordergrund gestellt wurden, gab es genug Datenmaterial, welches die aktive Vorgehensweise der Sprachpolitik von Seiten Frankreichs bestätigt. Dies sagt ebenfalls aus, dass sich die Akteure französischer Sprachpolitik verstärkt damit auseinandersetzen.

Die Vorschläge zum Thema der Mehrsprachigkeit sind vielschichtig. Jedoch geht es dabei um gegenseitiges Verständnis und die Betonung liegt auf der Wichtigkeit der Rolle von Sprachenlernen. Um die Wettbewerbsfähigkeit global nutzen zu können, wird das Modell Muttersprache plus zwei weitere Sprachen immer wieder betont.

Die Europäische Union kann diese Ansätze mittels Förderprogrammen unterstützen, jedoch durch das Subsidiaritätsprinzip obliegt die Verantwortung der Umsetzung beim Mitgliedstaat. Das Subsidiaritätsprinzip kann als „*ein institutionelles Gestaltungsprinzip, das auf eine kontextempfindliche Aufteilung von politischen Verantwortlichkeiten in einem heterogenen Gemeinwesen abzielt*“ (Kraus 2004:206). bezeichnet werden. Die Eigenverantwortung der einzelnen Ebenen (Kommunen, Regionen, Nationalstaaten) ist damit oberstes Prinzip. Der Vorteil findet sich darin, dass durch die Verteilung von Aufgabenbereichen keine Ebene zu viel Macht erhält (vgl. Nißl 2011:269).

Auf nationalpolitischer Ebene ist von einer genau gegenteiligen Handhabung zu sprechen. Das Eingreifen der französischen Akteure auf sprachpolitischer Ebene spiegelt sich auch in den rapports wider. Der Respekt vor der Einflussnahme der englischen Sprache ist omnipräsent. Die DGLFLF, als Akteur der Frankophonie, überwacht die sprachliche Situation auf nationaler und internationaler Ebene. Diese Rolle verhilft auch zu einer Art Kontrolle, mit dem Ziel den Status der Sprache im europäischen Kontext zu verteidigen und besser kontrollieren zu können.

Das Prinzip der sprachlichen Vielfalt wird von den Handlungsträgern des französischen Staates respektiert und es wird vor allem versucht dieses mit Hilfe von zwei lebenden Sprachen (Fremdsprache oder Regionalsprache) in den Bildungsbereich zu integrieren. Die Ausbildung der französischen Sprache für Menschen mit einer anderen Muttersprache begegnen die Verantwortlichen mit dem unterstützenden Unterricht in anderen europäischen Ländern bzw. im Ausland. Auch innerhalb der EU Institutionen gibt es zahlreiche Bemühungen die Mehrsprachigkeit im Sinne der französischen Sprache zu unterstützen, wie auch der „plan d'action“ zeigt. Jährlich werden zahlreiche Diplomaten, Beamten und Bediensteter der Mitgliedsstaaten ausgebildet (vgl. Kapitel 7.1). Auch die Regional- und Minderheitensprachen werden im rapport berücksichtigt: *«La modification constitutionnelle de juillet 2008, selon laquelle «les langues régionales appartiennent au patrimoine de la France », s'est traduite par un intérêt accru porté à la pluralité des langues dans notre pays et à la nécessité d'en organiser et d'en faciliter les manifestations publiques»* (vgl. rapport 2009:96). Als Beispiele werden der Bereich der Medien, die ihr Programm auch in den Regionalsprachen aussenden, und der Bereich des Unterrichts angeführt: *«L'enseignement des langues régionales proposé aux élèves dans les écoles, collèges et lycées de métropole et d'outre-mer participe à la transmission des diverses formes du patrimoine culturel et linguistique de la France»* (vgl. rapport 2009:100).

Frankreich bzw. die Akteure der französischen Sprachpolitik, arbeiten an dem Prinzip der Mehrsprachigkeit auf innerstaatlicher und auch europäischer Ebene. Dies bestätigt die Untersuchung der jährlichen Berichte der DGLF. Um am Wettbewerb des Wirtschaftsmarktes mithalten zu können und um dem sozialen Zusammenhalt gerecht zu werden, spielt Sprachpolitik im Sinne von Mehrsprachigkeit eine tragende Rolle. In einer Europäischen Union, in der viele Staaten mit unterschiedlichen Kulturen und Sprachen zusammenleben, ist eine zielführende Mehrsprachigkeitspolitik im europäischen Sinne zu unterstützen, auch um im weitesten Sinne der Vormachtstellung des Englischen Einhalt bieten zu können. Zudem fordert die Kommission die Mitgliedsstaaten mittels des *Aktionsplans*⁸⁷ zur Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt auf, besondere Maßnahmen zur Unterstützung jener Sprachengemeinschaften zu planen, deren Muttersprachler von Generation zu Generation weniger werden.⁸⁸ Die bereits erwähnte Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen wurde von Frankreich nicht ratifiziert (vgl. Festman 2010:45). Dies

⁸⁷ KOM (2003)449 Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt: 2004-2006
http://ec.europa.eu/education/doc/official/keydoc/actlang/act_lang_de.pdf Stand 15.3.2013

⁸⁸ Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt: 2004-2006 :14
http://ec.europa.eu/education/doc/official/keydoc/actlang/act_lang_de.pdf Stand 15.3.2013

zeigt, dass Frankreich die Anerkennung der ethnischen und sprachlichen Minderheiten nicht für wichtig erachtet (vgl. Festman 2010:45). Es bleibt abzuwarten, ob der Minister die Ankündigung im genannten Vorwort des rapports (vgl. rapport 2012:11), den Prozess um die Ratifizierung der Charta der Regional- und Minderheitensprachen in Gang zu bringen, in die Tat umsetzen wird. Im Sinne einer Mehrsprachigkeitspolitik von Frankreich ist dies jedenfalls wünschenswert.

12. Conclusio

La langue fait office d'unité „nationale“ et c'est un signe important d'appartenance au niveau national. Plongé dans le contexte du français dans les institutions et de la francophonie en Europe, on parvient à la conclusion que les mesures en matière de politique linguistique de la part de l'Etat français et des autres acteurs de cette politique linguistique est planifiée et mise en œuvre avec une précision extrême. La position du français dans les institutions est de plus en plus menacée par l'anglais ainsi que par les autres langues officielles.

La politique linguistique française a une longue tradition et le français se retrouve dans plusieurs contextes. D'une part, le français est la langue officielle de la France depuis des siècles, d'autant que la langue française est considérée comme un facteur essentiel d'unité nationale, de cohésion sociale et d'égalité des chances.

L'histoire de la langue française fait figure d'exception car l'influence de l'Etat est très forte. L'orientation linguistique par des lois sur la langue, par l'action de l'Etat va à contresens de la politique linguistique européenne.

En faisant du français une langue nationale, on a voulu créer un sentiment d'appartenance à une nation. Une délimitation linguistique intérieure et extérieure définit une langue nationale et sert à créer une identité collective. Les langues nationales assurent la cohésion entre Etat et « nation ». L'objectif que revêt une langue nationale est d'avoir la portée la plus large possible, et donc de toucher un grand nombre de personnes.

Depuis la création de l'Union Européenne, la situation en matière de politique linguistique de l'Europe a évolué. La diversité des langues est un outil d'intégration et d'harmonisation. A présent, l'objectif de ce travail est d'examiner la démarche de la France dans sa politique linguistique et ce, dans un contexte de plurilinguisme institutionnel. La France, en tant que membre fondateur de l'Union Européenne a un statut particulier. La France est une grande puissance et possède par conséquent une grande responsabilité à l'échelle nationale et à l'échelle internationale. Pour protéger sa langue en tant qu'Etat national, mais aussi pour garantir en même temps une diversité linguistique à l'échelle européenne, la France prend des mesures de politique linguistique.

L'Union Européenne, elle-même est confrontée à ce dilemme : promouvoir d'une part une politique linguistique de la diversité, mais d'autre part elle représente une institution dont le travail, c'est-à-dire les hiérarchies bureaucratique, les fonctions et le système, doit se dérouler de façon rapide et efficace. L'Union Européenne doit en même temps s'occuper à côté de ses tâches politique et culturelle, de la croissance économique.

Les institutions de l'Union Européenne reposent sur le déroulement de tâches qui doivent, en dépit du plurilinguisme, être accomplies sans entraves. La réduction du nombre de langues de travail est une conséquence logique. C'est pourquoi le français et l'anglais se sont imposés comme les langues de travail.

Par rapport à la France et à sa politique linguistique, on peut dire que les instances les plus importantes de la politique linguistique sont les institutions étatiques. Les académies, les instituts de langue, les parlements, les ministères, les lois de politique linguistique et les arrêtés font loi. Les Organisations gouvernementales et internationales comme le « DGLFLF » et le « Haut conseil de la francophonie » mènent tous une politique linguistique explicite.

Bien entendu, les deux acteurs, à savoir l'Etat français et la politique linguistique de l'Union Européenne, poursuivent des objectifs différents, voire des intérêts différents en termes de politique linguistique. La France souhaite au moyen de mesures politiques renforcer sa propre langue, en particulier dans les institutions de l'Union Européenne, tout en restant dans le sillage du plurilinguisme. La France connaît elle-même la problématique de la diversité linguistique par sa situation intérieure avec des langues régionales et de minorités. Cependant, au cours de ce travail, il est clairement apparu que la politique linguistique française prend au sérieux la mission d'une Europe plurilingue. De nombreuses stratégies sur le plan national et international ont confirmé cela.

Au centre de mon travail se trouve la question des mesures politiques que prennent les acteurs de la politique linguistique dans les institutions de l'Union Européenne. L'intérêt repose ici sur le rôle du français dans la construction d'une Europe plurilingue. Les textes fondateurs du

plurilinguisme⁸⁹ soulignent la manière positive et appliquée avec laquelle il faut considérer la diversité linguistique comme une chance culturelle.

Mon travail repose sur deux concepts principaux: La première partie est consacrée au français et son rôle en tant que langue nationale, à son évolution historique, aux acteurs de la politique linguistique française, à la politique linguistique eu égard au niveau européen et à la francophonie.

La deuxième partie est consacrée au concept d'une Europe plurilingue, notamment dans les institutions de l'Union Européenne. La collaboration des organisations et des pays membres garantit l'existence de plurilinguisme, qui est considérée comme un bien précieux par la commission européenne.

L'orientation linguistique à travers les lois ainsi que le fait d'agir au niveau de l'État s'opposent à la politique linguistique européenne. Au niveau européen, la France travaille avec le Vade-mecum et « le plan d'action pluriannuel en faveur de la langue française dans les institutions européennes ». La formation de fonctionnaires tout comme l'usage du français dans les institutions de l'Union européenne font partie de ce ressort. Tout Français a donc le droit d'employer sa langue dans l'ensemble de ses relations écrites et orales avec l'Union. «Privilégier notre langue et de rappeler aux institutions européennes de se conformer à leurs obligations » compte également parmi ses devises.

Lors du processus de fondation des États-nations, les langues jouent un rôle primordial. La langue est considérée comme un outil pour l'uniformisation de la nation. L'Union européenne ne comporte pas ce trait de caractère d'une structure mono-centrique.

Pour revenir à la problématique de mon travail, on peut constater que le français, d'un point de vue général, prend une position tout à fait représentable dans le concept du plurilinguisme européen. Bien sûr qu'il a dû enregistrer des pertes par rapport à l'anglais en tant que langue de travail, notamment après l'élargissement de l'Union européenne en 2007 et suite au nombre augmentant de langues de travail. Ce qui ressort également du texte de High Level

⁸⁹ COM 2008 Multilingualisme: un atout pour l'Europe et un engagement commun, COM 2008 Un défi salulaire, comment la multiplicité des langues pourrait consolider l'Europe. COM 2007 High Level Group on Multilingualism : Final Report

Group⁹⁰ c'est la compétence du plurilinguisme comme source fondamentale du sentiment de citoyenneté européenne. Les points importants comme la globalisation, la migration en Europe, la mobilité croissante des États membres jouent un rôle fondamental pour l'usage des langues en Europe.

Les trois textes rédigés par la commission européenne, soutiennent les stratégies du plurilinguisme européen et parlent d'eux-mêmes. En plus ils ne font que confirmer que l'on devrait profiter de la diversité des possibilités dans les domaines de l'éducation, de la mobilité et de la migration au niveau européen.

Au chapitre d'analyse de ce travail, j'ai essayé d'élaborer un choix pertinent de mesures de politiques linguistiques afin de démontrer combien les acteurs français de la politique linguistique sont motivés.

Ils font des efforts afin de garder leur position de politique linguistique au niveau international, afin de forcer leur position particulière en tant que l'un des membres fondateurs – et ce même en compétition avec l'anglais, afin d'obtenir une contribution au renforcement du plurilinguisme européen. Pour citer quelques exemples positifs de cet engagement, j'aimerais évoquer les médias (films ou séries télévisées souvent en version originale) ou la signalisation en plusieurs langues. La France mène une politique active visant à promouvoir la diversité linguistique au sein de l'Union européenne et à préserver la place du français.

Ce choix d'exemples des rapports au Parlement sur l'emploi de la langue française a été effectué consciemment de manière à démontrer des exemples pertinents pour la diversité des mesures de politiques linguistiques prises pour le plurilinguisme européen.

De l'autre côté, la DGLFL surveille dans ses rapports également l'usage précis de la langue française dans les institutions de l'Union européenne.

En guise de conclusion, on peut constater que la France travaille de façon exemplaire sur la défense de sa position dans la construction d'une Europe multilingue, au niveau national comme au niveau international. Selon la devise du Général de Gaulle : « Comment voulez-vous gouverner un pays qui produit plus de 300 fromages différents ? » juge Bath (1991 :2) : « La diversité fait désordre et l'autorité politique toujours a tendance à la réduire, à la nier au besoin, plutôt qu'à la promouvoir. »

⁹⁰ Final Report 2007 page 6

À l'aide de ma problématique dans le présent travail et de ses résultats, il est clair pour moi que l'Union européenne, dans ses textes et langues officielles, travaille sur son but de faire de l'Europe un espace plurilingue. Un exemple concret : parler à côté de sa langue maternelle encore deux langues supplémentaires. En revanche, la réalisation reste un défi à relever. Le terme de plurilinguisme au niveau des institutions européennes n'a pas encore été traité de façon satisfaisante. La France a beau relever ce défi, il y a toujours du retard à combler au niveau national-politique (cf. ratification de la charte des langues régionales et minoritaires manquante).

13. QUELLENVERZEICHNIS

13.1 Literaturverzeichnis

Ahrens, Rüdiger: *Europäische Sprachenpolitik = European language policy*, Winter, Heidelberg, 2003.

Ammon, Ulrich: *Sociolinguistica- internationales Jahrbuch für Europäische Soziolinguistik*. MaxNiemeyer Verlag, Tübingen, 2001.

Bär, Marcus: *Europäische Mehrsprachigkeit durch rezeptive Kompetenzen: Konsequenzen für Sprach- und Bildungspolitik*, Shaker Verlag, Aachen 2004.

Bastian, Sabine: *Mehrsprachigkeit in frankophonen Räumen*, m.press, München, 2008.

Bochmann, Klaus: *Sprachpolitik in der Romania. Zur Geschichte sprachpolitischen Denkens und Handelns von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart*. Walter de Gruyter, Berlin, New York, 1993-

Bochmann, Klaus: *Einleitung*. In: Brumme, Jenny: *Sprachpolitik in der Romania, sprachpolitisches Denken und Handeln von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart*. Berlin, Walter de Gruyter Verlag, 1993.

Bochmann, Klaus: *Sprachwandel und Sprachpolitik am Beispiel romanischer Minderheitensprachen*. In: Boretzky et al. (eds.), *Probleme des Sprachwandels*. Dortmund, S. 41-52. 1987.

Braselmann, Petra: *Sprachpolitik und Sprachbewusstsein in Frankreich heute*, Max Niemeyer Verlag; Tübingen, 1999.

Braselmann, Petra und Ohnheiser Ingeborg: *Frankreich als Vorbild: Sprachpolitik und Sprachgesetzgebung in europäischen Ländern*. Innsbruck university press, 2008.

Braselmann, Petra: *Institutionelle Sprachlenkung in Frankreich: neue Wege - oder: Neues von der Sprachpflgefront*. In: Haßler Gerda (ed.) *Texte und Institutionen in der Geschichte der französischen Sprache*, Romanist. Verlag, Bonn, 2001.

Braselmann, Petra: *Frankreich als Vorbild? : Sprachpolitik und Sprachgesetzgebung in europäischen Ländern*, Univ. Press, Innsbruck, 2008.

Bruha, Thomas und Seeler Hans-Joachim: *Die Europäische Union und ihre Sprachen.* Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1998.

Brumme, Jenny und Bochmann, Klaus: *Sprachpolitik in der Romania- zur Geschichte sprachpolitischen Denkens und Handelns von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart.* Walter de Gruyter Verlag, Berlin, 1993.

Cooper, Robert: *Language planning and social change,* Cambridge University Press, 1989.

Erfurt, Jürgen : *Frankophonie : Sprache, Diskurs, Politik.* UTB, 2005.

Festman Julia : *Die Sprachenfrage der EU. Die deutsche und französische Sprachpolitik im Visier.* Lap Lambert Academic Publishing, Saarbrücken, 2010.

Filzmoser Barbara: *Sprache und Macht - Französisch in der Europäischen Union,* DA, Wien, 2002.

Harmann, Harald: *Sprachen- und Sprachpolitik.* In: Ammon Ulrich, u.a (ed.): *Soziolinguistik, internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft,* zweiter Halbband, Berlin, 1987. 1661-1686

Haßler, Gerda: *Texte und Institutionen in der Geschichte der Französischen Sprache.* Romanistischer Verlag, Bonn, 2001.

Jeoren Darqueennes, Namur : *Analyse und Herausforderungen der Sprachenpolitik in der EU.* In: Hinrichs Uwe (Hrsg.) *Handbuch der Eurolinguistik,* Harrassowitz Verlag, Wiesbaden, 2010.779-793

Kaplan, Robert und Baldauf Richard, Jr: *Language Planning – From Practice to Theory,* Multilanguage Matters, Clevedon, Avon, 1997.

Kraus, Peter A.: *Europäische Öffentlichkeit und Sprachpolitik.* Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2004.

Kraus, Peter A. : *A Union of Diversity. Language, Identity and Polity-Building in Europe.* Cambridge University Press, New York, 2008.

Kremnitz, Georg : *Gesellschaftliche Mehrsprachigkeit.* Braumüller, Wien, 1994.

Labrousse, Agnès: *Plurilinguisme au quotidien versus monolinguisme disciplinaire: Le cas du centre Marc Bloch et de la recherche en économie.* In : Nies Fritz (ed.) : *Europa denkt mehrsprachig/L'Europe pense en plusieurs langues.* Günther Narr Verlag, Tübingen, 2005. 179-186

Maalouf, Armin M.: *A rewarding challenge. How the multiplicity of languages could strengthen Europe,* 2008.

Nißl, Sandra: *Die Sprachenfrage in der europäischen Union, Möglichkeiten und Grenzen einer Sprachenpolitik für Europa.* München, Univ. Diss. Utz, 2011.

Ohnheiser, Ingeborg und Kalb, Helmut: *Sprachen in Europa: Sprachsituation und Sprachpolitik in europäischen Ländern.* Innsbruck university press, 1999.

Polakiewicz Jörg, *Die Verpflichtungen der Staaten aus den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte / The Obligations of States Arising from the ... öffentlichen Recht und Völkerrecht,* Springer Verlag, Heidelberg, 1993.

Ricento, Thomas: *An Introduction to Language Policy – Theory and Method.* Blackwell Publishing, 2005.

Riepenhusen, Lennart: *Deutsche Sprachpolitik in der Europäischen Union,* 1.Auflage, Grin Verlag, Kiel, 2010.

Ross, Andreas: *Europäische Einheit in babylonischer Vielfalt. Die Reform des Sprachenregimes der Europäischen Union im Spannungsfeld von Demokratie und Effizienz.* Frankfurt, Lang, 2003.

Rutke Dorothea (Hg.): *Europäische Mehrsprachigkeit: Analysen-Konzepte-Dokumente.* Shaker Verlag, Aachen, 2002.

Salon, Albert: *die Sprachenfrage in der EU aus französischer Sicht. Eine sprachpolitisch-praktische Perspektive.* In: Hoberg, Rudolf (ed.): *Deutsch-Englisch-Europäisch. Impulse für eine neue Sprachpolitik.* Thema Deutsch. Band 3, Mannheim: Dudenverlag, 2002, S.333-340.

Schjerve- Rindler, Rosita und Vetter, Eva: *European Multilingualism – Current Perspectives and Challenges.* Multilingual Matters, Bristol, 2012.

Schjerve- Rindler, Rosita und Vetter, Eva: *Europäische Mehrsprachigkeit zwischen politischer Gestaltung und wissenschaftlicher Forschung.* In: Hinrichs Uwe (Hrsg.) *Handbuch der Eurolinguistik,* Harrassowitz Verlag, Wiesbaden, 2010.805-820

Schloßmacher, Michael: *Die Amtssprachen in den Organen der Europäischen Gemeinschaft: Status und Funktion,* Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, 1996.

Schreiner, Patrick: *Staat und Sprache in Europa,* Frankfurt am Main, Lang, 2006

Seewann, Gerhard: *Nationale Sprachpolitik und europäische Integration,* Tagungsbericht der Forest-Projektgruppe III Nr.18, München, 2003. Vorwort

Stoye, Sabine: *Eurocomprehension: Der romanistische Beitrag für eine europäische Mehrsprachigkeit.* Shaker Verlag, Aachen 2000.

Van Beth, Jean Pierre : „*Aspects politique du plurilinguisme en Europe*“ in: Sociolinguistica 5/1991

Witt, Jörg: *Wohin steuern die Sprachen Europas? Probleme der EU-Sprachpolitik.* StauffenbergVerlag, 2001

Witt, Jörg: *Wohin steuern die Sprachen Europas? : Probleme der EU-Sprachenpolitik; 2.erw. Auflage,* Tübingen, Stauffenburg Verlag, 2010.

Wu, Huiping: *Das Sprachenregime der Institutionen der Europäischen Union zwischen Grundsatz und Effizienz.* Peter Lang Publishing, 2005

Débats parlementaires: Débats parlementaires, Assemblée Nationale, seconde session ordinaire de 1993-1994 (29e séance), compte rendu intégral 2e séance du mardi 3 mai 1994, Journal officiel 4./5/1994.

Kurswechsel : *Wer macht Politik ? Politische Subjekte, Akteure und Handlungsträger.* Heft 4/1998

DGLF : *Diversité des langues et plurilinguisme,* In : Culture et recherche N°124 hiver 2010-2011.

13.2 Internetquellen

- <http://www.observatoireplurilinguisme.eu/images/Rapports/langue%20fran%E7aise%2C%20diversit%E9%20culturelle%20et%20linguistique.pdf>
Stand 29.1.2013
- Cerquiligni Bernard, Les langues de la France, Rapport au Ministre de l'Education Nationale, de la Recherche et de la Technologie, avril 1999
http://www.dgllff.culture.gouv.fr/lang-reg/rapport_cerquiglieni/langues-france.html
Stand 25.1.2013
- <http://www.eurac.edu/en/research/institutes/multilingualism/Documents/Publikationen/Multilingualismindb.pdf> Mehrsprachigkeit in Europa, Erfahrungen, Bedürfnisse, Gute Praxis. Bozen, 2006, Stand 29.12.2012
- **Ozvalda, Margit:** *Sprach- und Sprachenpolitik der EU: Planung, Praxis und Prognosen*
http://elib.kkf.hu/ewp_05/ewp_0503_03.pdf Paper von aus 2005
Stand 26.1.2013
- Europäische Charta für Mehrsprachigkeit/La charte européenne du plurilinguisme
Stand 29.1.2013
http://plurilinguisme.europe-avenir.com/images/Fondamentaux/charteplurilinguisme_dev2.13.pdf
- Eurobarometer 63.4, Special Note (2005) Europeans and languages.
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_237_en.pdf
Stand 18.12.2012
- Eurobarometer Spezial 243 (2006)
http://ec.europa.eu/education/languages/pdf/doc629_de.pdf
Stand 18.12.2012
- Eurobarometer 386 (2012)
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_386_en.pdf
Stand 18.12.2012
- Text Sprache und Macht von Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. (2001:5) <http://www.eduhi.at/dl/MachtSprache.pdf> Stand 10.3.2013
- ELAN Studie http://ec.europa.eu/languages/documents/elan_de.pdf Stand 13.3.2013

- http://www.langue-francaise.org/Bruxelles/Bruxelles_entree.php Soubies Michel, Pratique du multilinguisme à la Commission européenne
Stand 29.1.2013
- Amtssprachen in der EU http://ec.europa.eu/languages/languages-of-europe/eu-languages_de.htm
Stand 9.3.2013
- Loi n° 94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française
<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000005616341> Stand 10.3.2013
- Der Vertrag von Lissabon: http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_de.htm Stand 11.3.2013
- COM(2008) 566 final Multilinguisme: un atout pour l'Europe et un engagement commun
http://ec.europa.eu/languages/documents/2008_0566_fr.pdf Stand 30.12.2012
- COM 2008 Un défi salutaire, comment la multiplicité des langues pourrait consolider l'Europe. http://ec.europa.eu/languages/documents/report_fr.pdf
Stand 12.05.2011
- KOM (2005) 596 Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit
http://europa.eu/legislation_summaries/education_training_youth/lifelong_learning/c11084_de.htm Stand 30.11.2012
- KOM (2003)449 Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt: 2004-2006
http://ec.europa.eu/education/doc/official/keydoc/actlang/act_lang_de.pdf Stand 15.3.2013
- COM 2007 High Level Group on Multilingualism : Final Report
http://ec.europa.eu/education/policies/lang/doc/multireport_en.pdf
Stand 12.05.2011
- http://www.langue-francaise.org/Bruxelles/Bruxelles_entree.php Vancamepenhout Roger, Réflexions sur les langues et la démocratie dans l'UE. Veröffentlicht im Zuge der Débat sur les langues et les cultures en Europe
Stand 16.01.2013
- http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/Plan_plurian_fr_UE.pdf Stand 10.3.2013
- DGLFLF Les langues de France : un patrimoine méconnu une réalité vivante,
http://www.dglflf.culture.gouv.fr/publications/Repere_LDF_08.pdf
Stand 28.12.2012

- DGLFLF le français dans les institutions européennes
www.dglflf.culture.gouv.fr/publications/francais_europe.pdf Stand 05.01.2013
- DGLFLF 2008 *Rapport au Parlement sur l'emploi de la langue française*
<http://www.ladocumentationfrancaise.fr/rapports-publics/094000048/index.shtml>
Stand 12.12.2012
- DGLFLF 2009 *Rapport au Parlement sur l'emploi de la langue française*
<http://www.ladocumentationfrancaise.fr/rapports-publics/094000522/index.shtml>
Stand 12.12.2012
- DGLFLF 2010 *Rapport au Parlement sur l'emploi de la langue française*
http://www.dglflf.culture.gouv.fr/rapport/2010/Rapport_Parlemen_10.pdf Stand 12.12.2012
- DGLFLF 2011 http://www.dglflf.culture.gouv.fr/rapport/2011/Rapport_Parlement_2011.pdf
Stand 12.12.2012
- DGLFLF 2012 *Rapport au Parlement sur l'emploi de la langue française*
http://www.dglflf.culture.gouv.fr/rapport/2012/rapport_au_parlement_internet_2012.pdf Stand 10.3.2013
- France diplomatie : La promotion du multilinguisme, :Apprendre et enseigner les langues en France <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/promotion-de-la-francophonie-et-de-la-promotion-du-multilinguisme/article/le-multilinguisme-en-france>
Stand 17.12.2012
- L'histoire de la Francophonie. <http://www.francophonie.org/Une-histoire-de-la-Francophonie.html> Stand 10.3.2013
- L'Organisation internationale de la Francophonie <http://www.francophonie.org/L-Organisation-internationale-de.html> Stand 14.3.2013
- Janich Nina: Sprachpolitik – Sprachplanung- Sprachkultur. In: Die Sprache der Politik- Politik der Sprache. Haslinger Peter / Janich Nina (Hrsg.), forost Arbeitspapier Nr.29, 2005.
http://www.forost.lmu.de/fo_library/forost_Arbeitspapier_29.pdf Stand 10.3.2013
- <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000005616341&dateTexte=vig>
Loi n° 94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française
Stand 27.01.2013

- <http://www.culturecommunication.gouv.fr/var/culture/storage/lettre-recherche/cr124.pdf>
Stand 12.12.2012
- <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/France-loi-75-1349-1975.htm>
La loi no 75-1349 du 31 décembre 1975 Stand 10.3.2013
- Vade-mecum <http://www.rpfrance.eu/Publication-Le-francais-dans-les.html> Stand 10.01.2013
- http://www.dgflf.culture.gouv.fr/publications/francais_europe.pdf Leitfaden für Diplomaten
Stand 25.1.2013
- http://www.europarl.europa.eu/factsheets/1_2_2_de.htm Das Subsidiaritätsprinzip Stand
10.1.2013
- <http://www.avenirlanguefrancaise.org/> Stand 10.11.2012
- <http://www.francophonie.org/-Pour-la-langue-francaise-.html> 10.3.2013
- http://www.francophonie.org/IMG/pdf/Vade-mecum_Fcs_vie_intnale_2006.pdf Stand
10.3.2013
- KOM (2005) 596 Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit
http://eurlex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2005&nu_doc=596 Stand 2.1.2013
- KOM(2003) 449 Förderung der Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt: Aktionsplan 2004-2006 <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0449:FIN:de:PDF>
Stand 2.1.2013

13.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	35
Abbildung 2 langues de rédaction d'origi des documents, Conseil (rapport 2010:100)	38
Abbildung 3 Langue de rédaction des documents à la Commission (rapport 2008:9)	39
Abbildung 4 Sur les sites de l'internet des institutions (aus : rapport09 :112)	58

Abstract

Im Mittelpunkt dieser Diplomarbeit steht die Thematik der Sprachpolitik in der europäischen Union im Kontext der europäischen Mehrsprachigkeit.

Ziel der Arbeit ist es die Rolle des Französischen in der Konstruktion des mehrsprachigen Europas zu finden und die politischen Anstrengungen seitens des französischen Staates, sowie seitens der Frankophonie aufzudecken. In weiterer Folge geht es darum wie das Französische als nationale wie auch internationale Sprache sich aus dem Blickwinkel der Sprachpolitik durchsetzt. Gleichzeitig wird das Thema der europäischen Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union erläutert um danach die Rolle des Französischen darin wiederzufinden.

In der Theorie wird dabei herausgearbeitet, wie das Französische als Nationalsprache- durch die Französische Revolution 1789 geprägt wurde und so ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation erreicht, die in dieser historischen Entwicklung einzigartig scheint.

Europäische Vielsprachigkeit wird als kulturelles Erbe gesehen, dass es gilt zu wahren und auf EU-politischer Ebene zu unterstützen und auszubauen. Im Interesse dabei stehen die Rolle des Französischen in der Konstruktion dieses mehrsprachigen Europas und seine Rolle als politischer Akteur, der seine Sprache national wie auch international durchsetzen möchte.

Das Konstrukt der Mehrsprachigkeit wird aus den drei Papieren der europäischen Kommission zum Thema Mehrsprachigkeit herausgearbeitet und danach im Analyseteil untersucht. In den theoretischen Teilen, wird zunächst der Begriff der Sprachpolitik allgemein und der Sprachpolitik in Frankreich geklärt. Die sprachpolitischen Maßnahmen, als Eingriffe der staatlichen Politik auf sprachpolitischer Ebene und die Sprachenverbreitungspolitik Frankreichs in den Organen der europäischen Union, durch die Erläuterung von Akteuren, Aktionen und der Zielsetzung dieser.

Die sprachpolitischen Maßnahmen für den Status des Französischen wird anhand der Zusammenfassung der Daten der „Rapports sur l’emploi de la langue française“ (2008-2012) der Délégation générale à la langue française et aux langues de France“ im Kontext der Sprachenvielfalt untersucht.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Mag. Julia Mercedes Fux

Familienstand: ledig

Geboren: 19.09.1983

Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung

Oktober 2002 – November 2009

Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien

Seit Oktober 2002

Studium der Romanistik/Französisch an der Universität Wien

Oktober 2005 - Juni 2006

Auslandsjahr an der Sorbonne, Paris IV, im Rahmen des Mobilitätsprogramms 'Erasmus'

Berufliche Erfahrung

Oktober 2009 – Februar 2013

Stellvertr. Geschäftsführung Reformhaus Sonnenfrosch Graz

April 2008 – August 2009

Redakteurin Wiener Bezirksblatt

September 2007 – März 2008

Büro-Aushilfskraft HR Quintiles in Wien

September 2002-September 2007

zahlreiche Nebenjobs (Promotion, Kellner, VIP Betreuung, Fahrerin)

Sommer 2000-2001

Ferialpraktiken (Siemens, Magna Steyr Puch)

Hobbys

Sport (Volleyball, Schwimmen), Tanzen, Freunde, Familie, Musik, Reisen;